

108. Sitzung

Dienstag, den 09.06.2009

Erfurt, Plenarsaal

**Auswirkung drohender Steuer-
ausfälle auf Thüringen: Aktuel-
ler Bericht zur Mai-Steuerschät-
zung und Vorlage eines Nach-
tragshaushaltes**

10948

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/5216 -

dazu: Entschließungsantrag der

Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/5301 -

Ministerin Diezel erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD wird festgestellt.

Die Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD wird in namentlicher Abstimmung bei 80 abgegebenen Stimmen mit 36 Jastimmen und 44 Neinstimmen abgelehnt (Anlage).

Dem Antrag der Fraktion der SPD auf Teilung der Frage zur Abstimmung über den Entschließungsantrag widerspricht die Fraktion DIE LINKE.

Der Entschließungsantrag wird abgelehnt.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bechmann, Bergemann, Bornkessel, Carius, Diezel, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Holzapfel, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Weißbrodt, Wetzel, Worm, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Blechschmidt, Buse, Döllstedt, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Sojka, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Lieberknecht, Müller, Reinholz, Dr. Sklenar, Walsmann, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	10948, 10949, 10953, 10956, 10958, 10961, 10962, 10964, 10967, 10968, 10969, 10970
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	10971, 10972
Blehschmidt (DIE LINKE)	10972
Hausold (DIE LINKE)	10953
Höhn (SPD)	10948, 10971
Huster (DIE LINKE)	10968
Matschie (SPD)	10956, 10958, 10961
Mohring (CDU)	10962, 10964, 10967, 10968
Dr. Pidde (SPD)	10969
Diezel, Finanzministerin	10949, 10970

Die Sitzung wird um 15.02 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sondersitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Antrag der Fraktion der SPD einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 4/5217 vor.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen die Abgeordnete Wackernagel und die Rednerliste führt der Abgeordnete Eckardt in Zukunft, jetzt wird er noch durch Herrn Baumann vertreten.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Minister Scherer, Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, Frau Abgeordnete Berninger, Herr Abgeordneter Nothnagel und Herr Abgeordneter Fiedler.

Ich möchte Ihnen folgende Hinweise zur Tagesordnung geben: Zu dem Tagesordnungspunkt der heutigen Sondersitzung wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/5301 verteilt.

Die Landesregierung hat angekündigt, zu dem Tagesordnungspunkt von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Auf die Tagesordnung wurde nach § 19 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung der von der SPD-Fraktion angegebene Beratungsgegenstand gesetzt. Wird die Aufnahme weiterer Beratungsgegenstände beantragt? Bitte, Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, die Fraktion der SPD beantragt zur Aufnahme in die Tagesordnung der heutigen Beratung folgenden Punkt: Einen Gesetzentwurf der Landesregierung, „Thüringer Gesetz zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistung zur Förderung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (Thüringer Unternehmensfördergesetz)“ in erster Beratung. Ich

beantrage gleichzeitig die Fristverkürzung zu diesem Antrag.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Die SPD-Fraktion hat beantragt, noch einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt heute zu behandeln. Es geht um das Gesetz zur Thüringer Unternehmensförderung - ich verkürze es jetzt mal, da ich so schnell nicht mitschreiben konnte. Die Fristverkürzung ist beantragt worden. Widerspricht jemand der Fristverkürzung? Bitte, die CDU-Fraktion widerspricht. Dann brauchen wir zwei Drittel der Stimmen des Landtags, um diesen Tagesordnungspunkt heute zu behandeln. Wer ist für die Aufnahme der Behandlung dieses Gesetzes in der heutigen Sitzung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen die Aufnahme des Thüringer Gesetzes? Danke. Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimmenthaltungen. Bei 2 Stimmenthaltungen ist mit großer Mehrheit die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts abgelehnt worden.

Damit rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt**

Auswirkung drohender Steuerausfälle auf Thüringen: Aktueller Bericht zur Mai-Steuerschätzung und Vorlage eines Nachtragshaushaltes

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/5216 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 4/5301 -

Ich erteile dem Abgeordneten Höhn das Wort zur Begründung des Antrags.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, wir befassen uns heute auf Antrag meiner Fraktion mit der finanziellen Situation des Freistaats Thüringen angesichts einer grassierenden Wirtschaftskrise und angesichts prognostizierter Steuerausfälle für den Freistaat mit insgesamt momentan etwa 450 Mio. € Mindereinnahmen. Wer die Dynamik dieser Krise einigermaßen beurteilen will, der kommt zu dem Schluss, dass es mit diesen 450 Mio. € bei weitem noch kein Ende sein kann an Mindereinnahmen.

Ich will an dieser Stelle, verehrte Kollegen und Kolleginnen, darauf verweisen, dass es in den vergangenen Jahren in der Geschichte dieses Hauses durchaus schon Sachverhalte und Nachtragshaushalte gegeben hat mit einem weit geringeren Umfang als die-

se fast eine halbe Milliarde umfassende Mindereinnahme, die jetzt hier in Rede steht. Ich darf darauf verweisen - ich habe mal in der Historie etwas gegraben -, zu Beginn des Jahres 2002 hat der Thüringer Landtag einen Nachtragshaushalt in Höhe von 18 Mio. € aufgrund des damals sogenannten Sicherheitspakets verabschiedet und das binnen eines Monats. So viel vielleicht zu den Argumenten einer verzögerten Zeitschiene. Dieses Argument allerdings hat die CDU-Fraktion mit der Verfahrensweise, dass sie unseren Antrag auf Beratung ihres eigenen Gesetzes zur Unternehmensförderung heute hier nicht beraten will, selbst ad absurdum geführt. Über einen Umfang von fast einer halben Milliarde, Frau Finanzministerin, wollen Sie die Verwaltung entscheiden lassen. Wir, der Landtag, sind der Haushaltsgesetzgeber und wir, zumindest die Fraktion der SPD, legen Wert auf Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Das darf ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen.

(Beifall SPD)

Noch ein Punkt, der unser Anliegen, unseren Antrag auf diese Sondersitzung verdeutlicht, und diesen Grund hat die Landesregierung selbst gelegt: Sie haben in der letzten Woche geradezu im Handstreichverfahren den Bürgerschaftsrahmen des Freistaats Thüringen von 200 auf 400 Mio. € verdoppelt, obwohl der bislang nur zu einem Drittel nach eigener Aussage, Frau Finanzministerin, belegt ist, obwohl unser Antrag auf Erweiterung dieses Bürgerschaftsrahmens, um auch Thüringer Unternehmen in schweren Zeiten helfen zu können, vor Wochen abgelehnt wurde mit der Begründung, dass der Rahmen ausreicht. Dass ein solches Anliegen einer gesetzlichen Grundlage bedarf, Frau Ministerin, das bestreiten ja noch nicht einmal Sie bzw. die Landesregierung. Dass Sie uns ein Gesetz vorlegen, eine Parallelermächtigung zum Geldausgeben neben dem Haushaltsgesetz - auf die verfassungsrechtliche Problematik will ich an dieser Stelle nur kurz verweisen, aber die steht hier natürlich auch zur Debatte -, ich finde, das ist ein Unding und das ist noch ein Grund, der die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts begründet.

Meine Damen und Herren, alle Karten auf den Tisch ohne Wahlkampfgeschummel, ohne Tricks. Lassen Sie uns im Interesse des Freistaats Thüringen hier die Beratung durchführen und, wie ich hoffe, zu einem guten Ergebnis kommen. Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung zu ihrem Entschließungsantrag? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Die Landesregierung erstattet Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der

Fraktion der SPD. Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Diezel.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die SPD-Fraktion beantragt eine Plenarsitzung zu den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung und den Auswirkungen auf Thüringen. Einen schriftlichen Bericht zu den Ergebnissen der Steuerschätzung bundesweit als auch in Thüringen inklusive seiner Gemeinden habe ich, wie seit Jahren üblich, den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses bereits am 20. Mai zugeleitet. Eine unverzügliche Information, wie im Antrag gefordert, wurde damit zweifelsfrei erfüllt. Es bedurfte spezieller Aufforderung nicht, es ist Übung über die Jahre hinweg.

(Beifall CDU)

Dennoch trage ich die Ergebnisse dem Hohen Haus nochmals gern vor. Die Mai-Steuerschätzung ergab für den Bund, die Länder und die Gemeinden die hinreichend publizierten Steuermindereinnahmen für 2009 in Höhe von 45 Mrd. € und für 2010 in Höhe von 85 Mrd. €. Diese Beträge beziehen sich auf die Ergebnisse der vorangegangenen Steuerschätzungen von November 2008 und Mai 2008.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, diese Einnahmeausfälle sind in ihrer Dimension ohne Frage extrem hoch, sie sind - und das möchte ich an dieser Stelle sagen und noch einmal betonen - aber eine Steuerschätzung. Alle nachfolgenden Ausführungen beruhen auf den Modellrechnungen des Steuerschätzungskreises. Niemand weiß, ob sie in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise zu belastbaren Ergebnissen führen.

Die Situation ist historisch gesehen einmalig. Zum einen wird infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise von einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts im laufenden Jahr 2009 um 6 Prozent ausgegangen. 2010 soll die Wirtschaft nur mäßig, nämlich um 0,5 Prozent, wieder anwachsen. Mit dieser Wachstumsprognose liegt die Bundesregierung entgegen mancher Jahre vorher an dem unteren Rand der aktuellen Vorhersagen, auch der der Europäischen Union und vieler Wirtschaftsforschungsinstitute. Auf der anderen Seite waren die in dieser Schätzung noch nie dagewesenen Steuerrechtsänderungen zu berücksichtigen. Circa ein Drittel der prognostizierten Steuerausfälle gehen zulasten dieser Steuerrechtsänderungen. Das heißt aber auch, dass dieses Drittel den Steuerpflichtigen zugute kommt und damit positive Impulse für die Binnennachfrage schaffen kann. Beispielsweise seien hier die Wirkungen der beiden Konjunkturpakete genannt; ich nenne nur die Erhöhung des

Kindergeldes, den Familienleistungsausgleich, die Krankenversicherungsbeiträge, die angerechnet werden können, und auch die Pendlerpauschale. Diese konjunkturbelebenden Effekte von Steuersenkungen werden auch in Zukunft in den Mittelpunkt finanzpolitischer Entscheidungen gestellt werden müssen.

Die mangelnde Erfahrung mit wirtschaftlichen Krisen dieser Art und auch die Einschätzung der weitreichenden Wirkungen der Steuerrechtsänderungen stellten den Steuerschätzungskreis vor enorme Herausforderungen. Es gibt keine vergleichbaren Daten aus der Vergangenheit, daher kann niemand einschätzen, ob die zugrunde liegenden Rechenmodelle in der aktuellen Situation taugen, ob sie zu optimistisch oder zu pessimistisch sind. Auch weiß niemand, wie sich die Wirtschaftslage im III. und IV. Quartal 2009 entwickeln wird, geschweige denn im Jahr 2010.

Es wird alles davon abhängen, wie die Finanzmärkte Tritt fassen, wie die Konjunkturprogramme greifen und das Vertrauen von Banken, Wirtschaft und Konsumenten wieder hergestellt wird. Ich erinnere an eine Veröffentlichung heute im „Handelsblatt“, aus der hervorgeht, dass der BDI die Rettungsschirme für ausreichend hält, dass dem Krisenmanagement der Bundesregierung gute Noten zugeteilt werden und dass man vor allen Dingen als Indikator die Stahlproduktion sieht, und diese steigt wieder an. Wenn wir auf die Börsenmärkte vor allen Dingen im asiatischen Bereich, aber auch teilweise in Europa schauen, zeigen einzelne deutliche Indikatoren nach oben. Aber das zeigt auch, dass die aktuellen Prognosen der Steuereinnahmen mit hoher Unsicherheit behaftet sind; Aussagen zum Jahr 2011 gehen fast in die Spekulation.

Nun zu den Auswirkungen aus der aktuellen Steuerschätzung auf Thüringen: Nach dem regionalisierten Ergebnis der Steuerschätzung werden wir im laufenden Haushaltsjahr mit 7,099 Mrd. € auf dem Einnahmenniveau zwischen 2006 und 2007 liegen - und nicht 1930. Daraus ergeben sich voraussichtlich Mindereinnahmen in Höhe von 450 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsansatz 2009. Der aktuelle Haushaltsansatz beruht auf den Prognosen der Mai-Steuerschätzung 2007. Darin wurden seinerzeit zusätzlich die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform ab dem Jahr 2008 von uns in Thüringen mit berücksichtigt. Der Bund hatte das in seiner Steuerschätzung nicht getan. Das heißt, dass sich das hohe Wirtschaftswachstum im Jahr 2007 und 2008 eben nicht in den Ansätzen der Einnahmen des aktuellen Landeshaushalts abbildet.

Die geschätzten Steuermindereinnahmen in Höhe von 450 Mio. € setzen sich zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus einem Rückgang

der Steuereinnahmen im Umfang von 346 Mio. €, Einbußen beim Länderfinanzausgleich in Höhe von 80 Mio. € und Verlusten bei den Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen in Höhe von 24 Mio. €. Die reinen Steuerauffälle stammen fast vollständig aus dem konjunkturbedingten Rückgang der Umsatzsteuereinnahmen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet wird sich die Wirtschaftskrise insbesondere bei den Gewinnsteuern niederschlagen. Rückgänge beim Aufkommen der Körperschafts-, Gewerbe- und Einkommensteuer sind zu erwarten. Die Ausweitung der Kurzarbeit, aber auch das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Mindereinnahmen oder auch Steuerrechtsänderungen werden Auswirkungen auf die Lohnsteuereinnahmen haben. Auch das Verteilungsvolumen innerhalb des Finanzausgleichssystems wird durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie durch die Rechtsänderungen verringert. Der Rückgang des bundesweiten Transfervolumens beträgt bezogen auf das Jahr 2008 10 Prozent in 2009 sogar 15 Prozent in 2010. Folglich sinken die Thüringer Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen ebenfalls deutlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einnahmeausfälle sind sehr hoch, gar keine Frage, aber ich halte sie für beherrschbar. Die Haushaltsführung des Jahres 2007 und 2008 hat die Bildung einer Rücklage in Höhe von insgesamt 321 Mio. € ermöglicht. Diese steht uns nun in diesen Krisenzeiten zur Verfügung. Wenn es nach Ihren Anträgen gegangen wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, hätten wir diese Rücklage schon lange nicht mehr. Zusätzlich konnten wir Mehreinnahmen von der EU verbuchen, die einen weiteren Vorstoß auf die laufende Förderperiode gezahlt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zwei Punkte für die weitere Diskussion festhalten:

Der aktuelle Haushalt 2009 ist das zweite Jahr des Doppelhaushalts 2008 und 2009. Dieser Doppelhaushalt basiert - ich habe es eben noch einmal gesagt - auf der Mai-Steuerschätzung 2007. Damals konnte man den Konjunkturaufschwung und die Steuermehreinnahmen der Jahre 2007 und 2008 noch nicht in der Höhe erahnen und auch schätzen, deshalb bilden die aktuellen Haushaltsansätze bei den Einnahmen auch nicht diese Boomphase ab. Schließlich sind deshalb die Auswirkungen der konjunkturellen Krise im Vergleich zu den Haushaltsansätzen auch nicht so hoch wie vergleichbar in anderen Ländern, die die Steuerschätzung des Jahres 2008 zur Grundlage genommen haben. Die Situation wäre weit schwieriger, wenn wir in den vergangenen Jahren nach der Mai-Steuerschätzung den Haushalt aufgestellt hätten. Deshalb sage ich, die Situation ist ernst, aber sie ist beherrschbar.

In der aktuellen Steuerschätzung wurden alle bis dahin umgesetzten Rechtsänderungen in ihren finanziellen Konsequenzen berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die beiden Konjunkturprogramme. Zu Jahresbeginn hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass wir diese Rechtsänderung, z.B. die Pendlerpauschale, durch diese Einnahmeausfälle haben werden. Diese sind jetzt in den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung enthalten. Sie dürfen nicht als zusätzliches oder weiteres Risiko dargestellt werden.

Wie gehen wir nun mit dieser finanziellen Situation um? Ich habe bereits mehrfach betont, dass ich eine Haushaltssperre ablehne. Die Wirkung einer Sperre würde uns in der aktuellen konjunkturellen Schwächephase mehr schaden als nützen. Mit den Konjunkturprogrammen erwarten wir eine Steigerung der Nachfrage und die würden wir mit einer Sperre von Investitionsansätzen hier im Thüringer Haushalt konterkarieren. Die Investitionen genießen in diesen Jahren Priorität. Es wäre also widersinnig, Ausgaben für Wirtschaftsförderung in den Zeiten von Konjunktur- und Strukturkrise einzuschränken.

Die SPD-Fraktion wird nicht müde mit ihrer Forderung nach einem Nachtragshaushalt. Herr Höhn, Sie haben das noch einmal dargestellt. Lassen Sie mich nur ausführen, man kann die 19 oder 18 Mio. € Sicherheitspaket nicht vergleichen mit der derzeitigen Situation, denn da war keine Ausgabeermächtigung gegeben für eine zusätzliche Ausgabe, hier geht es um Mindereinnahmen. Man muss das immer haushaltsrechtlich sehr genau trennen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ja, die Wirkung ist aber die gleiche.)

Aber es gibt haushaltsrechtlich sehr wohl Unterschiede. Das wissen Sie, Sie waren jahrelang im Haushaltsausschuss, oder haben Sie es vielleicht schon wieder vergessen? Die SPD wird nicht müde in der Forderung nach einem Nachtragshaushalt.

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Das ist ja auch sinnvoll.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines Nachtragshaushalts bedarf es nicht.

(Beifall CDU)

Ich sage es noch einmal deutlich: Eines Nachtragshaushalts bedarf es nicht, wenn wir Mindereinnahmen haben und diese mit der Ausgabenseite beherrschbar sind. Eines Nachtragshaushalts bedarf es nur, wenn sich Ausgabe- und Kreditermächtigung erhöhen, wenn wir also eine zusätzliche Ausgabeermächtigung brauchen und eine zusätzliche Kreditermächtigung benötigen, um die Einnahmen abzude-

cken. Auf Bundesebene verlangt die Konjunkturkrise Mehrausgaben, z.B. in Form von Zuschüssen an die sozialen Sicherungssysteme. Auch hier gibt es diesen Unterschied. Deshalb plant der Bund auch einen zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 mit einer Erhöhung von Ausgabeermächtigungen und einer weiteren Nettoneuverschuldung. Auf Landesebene wirken sich Konjunkturkrisen primär bei Mindereinnahmen aus. Durch die Konjunkturprogramme sind zusätzliche Ausgaben erforderlich. Wir bekommen Mittel vom Bund. Es ist immer so, dass wir Drittmittel, Mittel vom Bund, ohne Nachtragshaushalt weiterreichen. Wir bedürfen dazu keiner zusätzlichen Kreditermächtigung. Wir haben die Rücklage und wir können in der Höhe über APL und ÜPL das Konjunkturpaket finanzieren. Diese müssen natürlich die Kriterien des § 37 der Thüringer Landeshaushaltsordnung und des § 7 des Thüringer Haushaltsgesetzes erfüllen. Das heißt, diese Ausgaben werden außerplanmäßig bewilligt. Es war richtig, gerade um das Konjunkturpaket in Gang zu setzen, nicht auf große Nachtragshaushaltsverhandlungen und -beratungen zu warten, sondern so schnell wie möglich das Geld für die Kommunen und die Investitionen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall CDU)

Die genannten Mehrausgaben, aber auch die möglichen Mindereinnahmen infolge der Prognosen der Steuerschätzung können aus der Rücklage von 321 Mio. €, den Mehreinnahmen der EU, und, wenn notwendig, aus der vorhandenen Kreditermächtigung nach Haushaltsgesetz finanziert werden. Thüringen ist in dieser Krise haushaltsmäßig gut aufgestellt. Der Blick in andere Länder zeigt eines: Es wurden nur dann Nachtragshaushalte für das laufende Jahr gemacht, wenn die Kofinanzierung nicht anders als durch Kreditermächtigung erreicht werden konnte. Im Ergebnis haben acht Länder Nachtragshaushalte benötigt und die anderen acht Länder eben nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht die Zeit für Schwarzmalerei. Es mehren sich die Indikatoren - ich habe es genannt mit meinem Zitat aus dem Handelsblatt von heute - für eine leichte Tendenz der Erholung der deutschen Wirtschaft. Der ifo-Geschäftsklimaindex - das wichtigste deutsche Konjunkturbarometer - kletterte im Mai auf den höchsten Stand seit 2008. Dies deutet zumindest auf eine Beruhigung der Situation hin, wenn auch der große Aufschwung noch nicht in Sicht ist.

Nur eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir im Augenblick nicht, eine weitere Verunsicherung der Unternehmen, der Konsumenten, der Arbeitnehmer und ihrer Familien im Land.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE:
Das machen die Banken doch schon
selber.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ein Blick auf die Zukunft unter allen Vorbehalten, die ich genannt habe: Das Jahr 2010 wird von den Steuerschätzungen einnahmeseitig als das Jahr mit den geringsten Einnahmen prognostiziert. Mit 6,785 Mrd. € werden die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung voraussichtlich nochmals um 300 Mio. € unter den Prognosen des Jahres 2009 liegen. In diesem Betrag ist der Rückgang der teilungsbedingten Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen in Höhe von 110 Mio. € enthalten. Die reinen Steuereinnahmen gehen gegenüber zu 2009 um 138 Mio. €, insbesondere bei der Lohn- und Umsatzsteuer zurück. Um weitere 50 Mio. € reduzieren sich die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Was dies für Thüringen bedeutet, war Gegenstand der Haushaltsklausur der Landesregierung am 25. Mai 2009. Die Landesregierung hat sich in dieser Haushaltsklausur sehr intensiv mit der voraussichtlichen Entwicklung in Deutschland, aber insbesondere in den neuen Ländern beschäftigt. Dr. Ragnitz, der stellvertretende Geschäftsführer des ifo-Instituts Dresden, hat hierzu seine Erkenntnisse erläutert und eine Einschätzung für die weitere Entwicklung gegeben. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung für die Haushaltsaufstellung des Jahres 2010 das Ziel formuliert, die Soll-Ansätze des Jahres 2008 wieder zu erreichen. Dieser Haushalt war seinerseits ohne Neuverschuldung aufgestellt worden. Damit soll der Haushalt 2010 wie der des Jahres 2008 ein Haushaltsvolumen in Höhe von 9,19 Mrd. € erreichen. Angesichts der gegenwärtigen Konjunkturkrise kann der Haushalt 2010 aus heutiger Sicht und auf der Basis der aktuellen Daten voraussichtlich nur mit einer Neuverschuldung aufgestellt werden. Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass Deutschland im kommenden Jahr wieder den Weg aus der Konjunkturkrise finden und Thüringen eine positive Entwicklung nehmen wird. Aufgrund unserer modernen Infrastruktur, der breiten Unternehmensvielfalt und der gut ausgebildeten Fachkräfte sind die Bedingungen in Thüringen günstig. Das hat uns Dr. Ragnitz in seinem Vortrag auch bestätigt. Deshalb erscheint es möglich, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2010 günstiger darstellen wird als heute von den Steuerschätzern eingeschätzt. Die Landesregierung wird bei einem positiven Konjunkturverlauf im Jahr 2010 die geplante Neuverschuldung zu reduzieren versuchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ein Blick zu den Kommunen. Der Steuerschätzkreis sieht für die Kommunen in den neuen Ländern die Chance einer schnelleren Überwindung der Krise, schneller

als beim Bund und den Ländern und schneller als bei den Kommunen in den alten Ländern. Grund hierfür ist die deutlich geprägte mittelständische Wirtschaft, die regional und binnenwirtschaftlich orientiert ist. Im aktuellen Jahr 2009 werden mit 1,047 Mrd. € die Steuereinnahmen unserer Kommunen um 36 Mio. € höher eingeschätzt als bei der Prognose für die angemessene Finanzausstattung unterstellt. Diese basierte auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2007. Insofern waren in die Berechnungen der kommunalen Finanzausstattung, die im aktuellen Haushalt unterstellt ist, die konjunkturellen Mehreinnahmen nicht eingerechnet. Die derzeitige Kassenentwicklung scheint diese Prognose auch zu untermauern. Im I. Quartal 2009 haben die Thüringer Kommunen 186,4 Mio. € zwar mit 9,5 Mio. € die Steuern des Vorjahres unterboten, aber sie liegen mit 15,3 Mio. € über dem guten Ergebnis des Jahres 2007 und im Jahr 2007 haben die Kommunen Überschuss erwirtschaftet. Die Kommunen sollen im Haushalt 2010

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen?)

voraussichtlich 1,016 Mrd. € an Steuern einnehmen. Auch für die Kommunen ist das ein Jahr mit den geringsten Steuereinnahmen auf mittlere Sicht. Bereits im Jahr 2011 sollen die Thüringer Kommunen wieder mehr einnehmen als im Jahr 2009. Zur Absicherung der angemessenen Finanzausstattung werden die Thüringer Kommunen auch im Jahr 2010 Leistungen des Landes erhalten. Der genaue Betrag wird zwar erst am Ende der Revision mit den Spitzenverbänden dargestellt werden, jedoch zeigen die bisherigen Ermittlungsergebnisse bereits, dass die angemessene Finanzausstattung der Kommunen im kommenden Jahr sich in etwa auf der Höhe des Jahres 2008 befinden wird.

Mein Fazit: Wir brauchen keinen Nachtragshaushalt. Wir haben in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorgesorgt.

(Beifall CDU)

Wir haben durch unsere solide und nachhaltige Finanzpolitik ein stabiles Fundament geschaffen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: In der DDR wurde die Statistik auch so gemacht.)

Die Belastungen bleiben beherrschbar. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich frage: Wer wünscht die Aussprache zum Sofortbericht? Alle drei Fraktionen. Damit eröffne ich die Aussprache zu dem Sofortbericht und gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD und zu dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Hausold, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, die Debatten um die Krise und die Finanzsituation werden in dieser Zeit ja verständlicherweise laut und sehr kontrovers geführt. Ich will hier schon noch einmal sagen, wir erachten es als richtig und im Übrigen auch als überfällig, über die veränderte Finanzsituation in Thüringen im Landtag zu beraten, so wie es von der SPD mit dieser Sondersitzung aber ja schon seit längerer Zeit gefordert worden ist. Aber die Landesregierung und die CDU haben hier natürlich auch schon wieder die Bremse eingelegt, verzögert, ganz zu schweigen davon, Herr Althaus, Sie und Ihre Regierung wären etwa von allein darauf gekommen, diese wichtigen Fragen dem Plenum hier zur Beratung vorzustellen. Aber dieses, entschuldigen Sie, Demokratieverständnis der CDU sind wir ja nun leider über viele Jahre in diesem Land gewöhnt und Sie legen es auch hier wieder an den Tag.

(Beifall DIE LINKE)

Denn das ist doch nun ganz offensichtlich, längst hätte doch die CDU und ihre Regierung wissen müssen, was die Mai-Steuerschätzung jetzt belegt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik, in Thüringen und auch den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte in diesem Land erreicht. Ihrerseits, Herr Ministerpräsident Althaus - und das hat ja Ihre Finanzministerin Frau Diezel gerade wieder unter Beweis gestellt -, gibt es aber keinerlei Prävention im Umgang mit dieser ganz offensichtlich auf uns zukommenden Situation. Sie sind untätig und diese Haltung gegenüber den Menschen in unserem Land ist unverantwortlich, die Sie immer wieder an den Tag legen.

(Beifall DIE LINKE)

Wissen Sie, Frau Diezel - das ist ja offensichtlich die Haltung des Regierungschefs und die Haltung dieser Regierung und der Mehrheitsfraktion -, Sie haben hier heute wieder angefangen und haben ein Stück weit weltweit erläutert, wie sich Finanzmärkte vielleicht entwickeln, dass das alles problema-

tisch ist und irgendwann sind Sie dann auch zu Thüringen gekommen. Aber da muss ich Ihnen einmal sagen, wie viel - entschuldigen Sie - Unvermögen zur Einschätzung der Situation gehört denn dazu, wenn Sie meinen, die Probleme einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die finanziellen Folgen für das Land Thüringen mit Ihrer hier gepriesenen Rücklage in den Griff zu bekommen. Das ist nun wohl doch mehr als nur wenig und viel zu wenig bei der Behandlung dieser Situation.

(Beifall DIE LINKE)

Aber, ich meine, Sie haben auf Ihre Berichterstattung in Richtung des Ausschusses verwiesen und Sie haben in dem Zusammenhang den Satz geprägt: Es ist Übung über viele Jahre hinweg. Ja, über viele Jahre hinweg üben Sie diese schlechte Politik für das Land Thüringen und da muss sich Widerstand regen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist ja auch nicht verwunderlich; woher das kommt, ist, denke ich, völlig klar. Die Union will die Krise, das sagt unser Ministerpräsident, bisweilen gern zur Chance reden und geht von ihrer recht schnellen Überwindung durch Selbstheilung aus. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wobei das bei der Regierung von Herrn Althaus ja nun wirklich nicht leicht ist: Herr Ministerpräsident, Sie sind immer wieder in der Lage, Ihre Fehleinschätzungen über die Situation noch zu steigern, das muss ich hier schon sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Tatsache ist doch, meine Damen und Herren, im Augenblick gibt es leider keine Aussicht auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft und damit auch nicht auf eine Entspannung im Finanzbereich. Ich will an der Stelle gar nicht dazu Stellung nehmen, wie abenteuerlich Ihre Politik zumindest auf der Bundesebene, was die CDU betrifft, aber auch auf der Landesebene ist, jetzt in dieser Situation über Schuldenverbote in der Verfassung zu entscheiden. Das haben wir ja hier schon vielfach diskutiert, dass es, in diesen Zeiten eine solche Situation herbeizuführen, geradezu abenteuerlich ist. Aber auch die Situation im Land macht uns doch deutlich, wie es wirklich aussieht. Der Auftragsrückgang bei kleinen und mittelständischen Unternehmen beträgt bis zu 50 Prozent. Die Autozulieferer rechnen mit erheblichem Rückgang ihrer Marktanteile. Das Eigenkapitalproblem vieler kleiner Unternehmen spitzt sich zu und vielfach erhalten sie keine oder nur schwer Kredite bei Liquiditätsproblemen. Die Zahlungsprobleme bei Unternehmen nehmen ebenfalls zu. 10,5 Tage werden Rechnungen, wenn sie nicht fristgemäß sind, im

Durchschnitt in Thüringen zu spät bezahlt. Das viel zu spät beschlossene Forderungssicherungsgesetz des Bundes greift hier offensichtlich nicht. Für das Land haben wir keines, weil Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, dies beständig in diesem Haus abgelehnt haben. Sie reden viel, Herr Althaus, aber handeln nicht. Das ist einfach festzustellen und das werfe ich Ihnen auch vor an der Stelle.

Das Gesamtbild der Thüringer Wirtschaft in der Krise - und das hat ja sehr maßgeblich mit der Situation zu tun - stellt sich doch so dar: Mittlerweile wird eingeschätzt, dass alle Branchen mit einem harten Gegenwind in dieser Krise kämpfen müssen. Es ist Fakt, die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen so schlecht eingeschätzt wie noch nie. Die Produktion läuft auf Sparflamme, Kapazitäten werden noch heruntergefahren und Arbeitsplätze abgebaut. Der Konjunkturklimaindex sinkt noch einmal um 10 Prozentpunkte und markiert mit 71 von 200 möglichen Punkten den tiefsten Stand seit 1990. Das, meine Damen und Herren, sind Bewertungen der IHK. Wir stimmen nicht ganz mit der Einschätzung der Kammer überein, dass damit schon die Talsohle und der Tiefpunkt der Krise erreicht ist, aber dennoch sprechen die Fakten doch für sich. Aber wie dem auch sei, die wirtschaftlichen Entwicklungen fordern dringendes aktives Gegensteuern, gerade auch deshalb, weil damit klar ist, wir werden uns auf weitere Einbrüche der Steuereinnahmen einstellen müssen, wenn die Landespolitik nicht endlich grundsätzlich gegen- und umsteuert, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Aber bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, heißt die Bewertung der Krise offensichtlich weiterhin - so nach dem Maßstab des Wirtschaftsministers - von der konjunkturellen Delle zur wirtschaftlichen Chance und überhaupt, alles geht ganz schnell vorbei. Das wird der entstandenen Lage überhaupt nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, weil die Situation ist wie sie ist, reicht es natürlich auch nicht aus, irgendwie einen Nachtragshaushalt zu erstellen. Es geht darum, die richtigen Prämissen zu setzen und deshalb haben wir heute auch einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht. Natürlich ist klar, Thüringen kann einer globalen Wirtschaftskrise nicht allein aus eigener Kraft begegnen. Deshalb fordern wir die Landesregierung nochmals nachdrücklich auf, ein Umsteuern der Bundespolitik zu befördern. Doch dazu möchte ich später einige Bemerkungen machen an dieser Stelle. Thüringen hat natürlich sehr wohl eigene Möglichkeiten des Gegensteuerns und Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, müssen deshalb endlich akzeptieren, dass wir eine Politik benötigen, die im Gleichklang sich tatsächlich

drei Dingen zuwendet:

1. einen tatsächlichen Schutz unter Ausbaumöglichkeiten der vorhandenen und neuer Arbeitsplätze;
2. einer Stärkung der Binnennachfrage und
3. öffentliche Finanzen und dabei besonders Kommunal финанzen in diesem Land müssen gestärkt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Leider, das habe ich den Worten von Frau Diezel entnommen, sind Sie nach wie vor weit davon entfernt, sich in diese Richtung zu bewegen. Wir schlagen deshalb erneut vor, eine gezielte Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und der Wertschöpfungsketten, besonders mit einer Energieoffensive für Thüringen und der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung, die Erweiterung des Bürgerschaftsrahmens des Landes; das - darauf ist Kollege Höhn hier schon eingegangen - versuchen Sie ja jetzt irgendwie zu bewegen, allerdings natürlich wieder weitestgehend an der parlamentarischen Debatte vorbei. Dann muss ich Ihnen auch sagen, ich habe den Eindruck, Sie stochern da weiterhin im Nebel. Sie hören verschiedentlich, es wäre notwendig, diese Sache auszuweiten, aber wirklich eine konkrete Datenanalyse scheinen Sie nicht zu haben, auf deren Grundlage Sie uns eine gesetzliche Änderung vorschlagen. Das beweist doch schon wieder Ihren völligen Dilettantismus. Wenn Sie schon mal reagieren, reagieren Sie kurzatmig und offensichtlich nach ein bisschen öffentlicher Kritik und Stimmung, die Sie irgendwo aufgenommen haben. Das kann doch nicht das Konzept einer Regierung für das Land Thüringen in dieser Krise sein, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das scheint schlimm zu kommen.)

Das machen Sie an dem Beispiel wieder deutlich.

Wir wollen einen kommunalen Finanzausgleich - wir haben das hier wiederholt erörtert -, der diesen Namen, meine Damen und Herren, auch wirklich verdient. Da sage ich Ihnen noch mal, Frau Diezel, Sie haben wieder von den Konjunkturprogrammen geredet; wir haben das hier auch wiederholt schon erörtert, da sage ich auch noch einmal etwas, was die Kommunen in diesem Land betrifft: Sie haben in diese Gesetzgebung einen Flächenfaktor eingeführt. Sie haben damit die großen Städte in diesem Land eindeutig benachteiligt. Selbst diese Fragen behandeln Sie nach parteipolitischer Kleinkrämerei der CDU; das ist doch Ihre Politik, die Sie hier die ganzen Jahre schon machen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir würden uns wünschen - und nicht nur wir, sondern alle, die Sachverständigen in Wirtschaft und Gesellschaft im Land an den Tag legen - die Stärkung der kommunalen Investitionskraft unter anderem auch durch die Möglichkeit einer Kreditfinanzierung von rentierlichen Krediten.

Meine Damen und Herren, zu unseren Forderungen an die Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene für einen politischen Kurswechsel an dieser Stelle noch einige Bemerkungen: Ich bin hier bereits auf die Frage der Binnennachfrage eingegangen. Ich möchte das aus gutem Grund noch einmal ein Stück vertiefen. Wollen wir die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise wenigstens zunächst lindern, sie langfristig, aber auch wirklich überwinden, so müssen wir die einseitige Orientierung der Wirtschaftspolitik auf den Export in diesem Land dringend korrigieren, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Nehmen Sie sich dem endlich an.

Zur Situation in Deutschland, die in Thüringen ja nicht anders ist, vor allem schon durch die Situation der Automobilindustrie, aber nicht nur dort, hier einige Bemerkungen: Warum habe ich das mit dem Export erwähnt? Es geht natürlich nicht darum, dass Deutschland nicht weiter kräftig und umfangreich exportieren soll und muss. Sehen Sie sich einen Vergleich an zwischen den 15 ehemaligen EU-Staaten - und mit denen kann sich ja die Bundesrepublik sehr wohl vergleichen -, dann ist bei einer ganzen Reihe von Kriterien die Bundesrepublik nur zweimal in einer sehr guten bzw. guten Situation, erstens beim Export - das hatte ich erwähnt - und zweitens bei den Unternehmensgewinnen, meine Damen und Herren. Deshalb sind wir auch im besonderen Maße von den internationalen Krisenprozessen betroffen. Jetzt sehen wir uns mal an, wo Deutschland überall Schlusslicht unter diesen - ich betone dies noch einmal - 15 ursprünglichen EU-Staaten ist: bei der Entwicklung der Löhne und Gehälter Schlusslicht, bei der Gleichstellung der Frauen bei Lohn Schlusslicht, bei der Entwicklung der Nachfrage der privaten Haushalte, sprich Binnennachfrage, Schlusslicht, im Bildungsbereich in vieler Hinsicht Schlusslicht. Meine Damen und Herren, da muss ich Ihnen einmal sagen: Wer unter diesen Bedingungen auch für das Land Thüringen der Öffentlichkeit ständig mit seiner Erfolgspropaganda, Herr Ministerpräsident, kommt, der ist einfach den Fakten nach auf dem völligen Holzweg, um es vorsichtig auszudrücken.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir die notwendigen Veränderungen und auch das Gegensteuern wollen, dann kann das allerdings überhaupt nicht mit den Bedingungen des heutigen ungezügelten Finanzmarktkapitalismus und auch nicht ohne ein staatliches antizyklisches Gegensteuern erreicht werden. Ich bleibe dabei, es wird kein Gesundes der öffentlichen Haushalte geben, ohne dass die Deregulierung, wie sie immer noch gesetzlich besteht, aufgehoben wird, meine Damen und Herren. Denn erinnern wir uns - und ich komme zu Ihrer Ausgangssituation mit der weltweiten Situation zurück, Frau Ministerin -, was wäre nötig? Leerverkäufe zu verbieten, Hedgefonds zu verbieten - das haben Politiker aller Parteien, auch der Regierungskoalition, gelegentlich immer einmal schon in den Mund genommen -, internationale Finanzströme kontrollieren, feste Wechselkurse zwischen internationalen Währungen wieder einführen, Banken keine Geschäfte außerhalb der Bilanz erlauben. Ich muss sagen, meine Damen und Herren, nichts, aber auch gar nichts davon hat die Bundesregierung bis hierher in dieser Richtung getan und Sie, Herr Althaus, halten das nach allen Ihren Ausführungen auch nicht für notwendig. Deshalb gehen wir in diesem Land dem Übel auch nicht wirklich an die Wurzel. Bundes- und Landesregierung und die sie tragenden Parteien sagen damit de facto: Wir machen weiter so, retten wir das Casino; die große Mehrheit der Betroffenen, die nicht am Spieltisch sitzen kann, muss sehen, wo sie bleibt, meine Damen und Herren. Das tragen wir jedenfalls nicht mit.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb fordern wir auch Sie als Landesregierung auf, initiativ zu werden, bleiben wir bei unseren Forderungen, eine fünfprozentige Millionärssteuer auf Vermögen über 1 Mio. € einzuführen. Wir plädieren für die Wiedererhebung einer reformierten Vermögenssteuer, eine Reform der Umsatzsteuer mit dem Ziel, unter anderem arbeitsintensive Dienstleistungen wie Handwerkerleistungen, Medikamente sowie Kinderbekleidung und Dienstleistungen für Kinder mit einem verringerten Umsatzsteuersatz zu versehen. Wir wollen die Anhebung des Regelsatzes bei Arbeitslosengeld II auf 500 € monatlich. Wir wollen einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn und eine Börsenumsatzsteuer. Ich muss Ihnen hier noch mal sagen, allein 1 Prozent Börsenumsatzsteuer würde 70 Mrd. € jährlich an Mehreinnahmen in der Bundesrepublik bedeuten - Mehreinnahmen, die wir dringend zum Gegensteuern in der Politik benötigen würden, denen Sie sich ständig weiter verweigern. Sie wollen offensichtlich nicht, dass wir wirklich antizyklisch gegensteuern können in der Politik.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage hier auch, wer sich diesen Forderungen immer weiter widersetzt, bekämpft die Krise nicht wirklich.

Meine Damen und Herren, ein Stück noch deutlicher: Wer dies, wie Sie, Herr Althaus und die Landesregierung, nicht will, der hat offensichtlich den Plan B in Arbeit, nämlich nach dem 30. August und nach dem 27. September weitere Einnahmeeinbrüche zu konstatieren, die Sie dann natürlich selbst nicht zu verantworten haben, was Sie aber sehr wohl tun. Dann wird Ihre Antwort erneut sein, wenn die Wahlgänge erledigt sind: Wir müssen bei den Ausgaben sparen. Das heißt nichts anderes, als den schon über ein Jahrzehnt betriebenen Sozialabbau in noch schärferer Form fortzusetzen und die Kosten der Krise auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Das ist offensichtlich Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn dies nicht verhindert werden kann und Sie sich nicht eines anderen besinnen, dann wird dieses Land sozial weiter gespalten werden. Wir, und das will ich hier noch einmal deutlich sagen, wollen eine andere Politik, eine Politik, die Löhne und Renten nicht weiter kürzt, sondern stabilisiert und steigert, eine Politik, die die Binnennachfrage ausweitet, eine Politik, die langfristig Hartz IV überwindet und die die Vermögenden an der Finanzierung einer solidarischen und gerechten Gesellschaft in diesem Land beteiligt. Das, meine Damen und Herren, ist Hauptsache für Thüringen, wenn die Krise im Interesse der Menschen überwunden werden soll. Stellen Sie sich dieser Hauptsache und reden Sie nicht nur darüber, dass Thüringen für Sie angeblich Hauptsache ist.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Matschie, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Sondersitzung beantragt, damit die Regierung etwas zu den Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise sagt. Es geht nicht darum, Frau Diezel, Statistiken hier zu referieren, sondern es geht um die Frage, welche Konsequenzen sind eigentlich aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen. Da ist, finde ich, der Regierungschef gefragt, zumal es in den letzten Wochen sehr widersprüchliche Ausführungen gab. Sie haben, Herr Althaus, erst vor Steuersenkungen gewarnt, dann haben Sie Steuersenkungen im Programm der CDU

zugestimmt. Herr Althaus, Sie sind seit 50 Tagen wieder im Amt, aber keiner hat den Eindruck, dass Sie wirklich das Ruder wieder in die Hand genommen haben, auch heute nicht.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Das ist ja unverschämt.)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie müssen nur die Augen aufmachen.)

Alle erwarten, dass der Regierungschef in der Krise klare Ansagen macht, aber Sie weigern sich. Sie weigern sich z.B. eine Regierungserklärung abzugeben, nur weil ich Sie dazu aufgefordert habe, das zu tun.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Ganz schön wichtig, Herr Matschie.)

Heute war wieder die Chance, hier an dieser Stelle etwas zu sagen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, welche Politik diese Landesregierung eigentlich will. Ich verstehe Sie nicht mehr, Herr Althaus. Wenn ein potenzieller Opel-Investor hier nach Thüringen kommt, um mit dem Regierungschef zu reden, nimmt der Ministerpräsident Reißaus. Als Herr zu Guttenberg von der Insolvenz von Opel als dem besten Weg geredet hat, schwieg der Thüringer Ministerpräsident. Herr Althaus, Sie verweigern einen notwendigen Nachtragshaushalt. Aber jetzt liegt plötzlich ein Antrag vor, eine Art Nebenhaushalt gesetzlich durch das Parlament zu bringen. Sie verstecken sich bisher vor einer Lösung bei den Abwasserbeiträgen. Wenn man Sie beobachtet, muss man entweder zu dem Schluss kommen, dass es Ihnen relativ egal ist, was hier im Land passiert oder aber, dass Sie der Aufgabe nicht mehr gewachsen sind.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Köckert, CDU:
Erzähl nicht so eine Gülle.)

Ich frage mich manchmal, merken Sie nicht, dass das Vertrauen mit jedem Tag schwindet? Spätestens der Einbruch der CDU bei den Kommunalwahlen am Sonntag muss Sie doch wachgerüttelt haben.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das sagt der Richtige, 16 Prozent und da riskieren Sie eine dicke Lippe.)

Dann können Sie sich doch heute nicht stumm in den Landtag setzen und nicht die Gelegenheit nutzen, hier zu sagen, was die Regierung in den nächs-

ten Wochen vorhat. Sie haben heute wieder eine Chance vertan.

(Beifall SPD)

Gleichzeitig wachsen die Sorgen im Land. Ich habe die Umfragezahlen, die uns Ende Mai erreicht haben, sehr sorgsam gelesen. In diesen Zahlen steckt eine Stimmung, die ich draußen im Lande täglich spüre und die, die unterwegs sind, auch. 70 Prozent der Thüringer machen sich Sorgen in dieser Krise. Bei jedem Fünften ist bereits ein Familienmitglied arbeitslos geworden. Fast genauso viele sind mit dem Thema Kurzarbeit konfrontiert. Jeder Dritte sagt, er spart inzwischen bei den täglichen Einkäufen. Das sind einige Ergebnisse aus dem Thüringertrend, der im „Freien Wort“ am 26. Mai veröffentlicht worden ist.

Ich weiß auch aus vielen Gesprächen, die Thüringerinnen und Thüringer sind schon wetterfest, die lassen sich nicht von schlechten Nachrichten erschrecken. Niemand steckt den Kopf in den Sand, das ist mein Eindruck im Land. Aber viele sind sich sehr wohl bewusst, dass wir in schwierigen Zeiten stecken. Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen haben ein Recht auf eine realistische Lageeinschätzung durch die Landesregierung und auf realistische Antworten.

Frau Finanzministerin, wenn Sie hier sagen, Sie gehen davon aus, dass die Lage sich bessert, weil gerade an den Börsen das Barometer ein bisschen nach oben geht - ich bitte Sie.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das kann morgen schon wieder anders sein.)

Wenn wir eins aus der Finanzkrise gelernt haben, dann vielleicht, dass wir nicht den Börsenspekulationen vertrauen sollen, wenn es um die Einschätzung der Wirtschaftslage geht.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE:
Das von Ihnen, Herr Matschie, ist ja auch ...)

Ich kann Sie da überhaupt nicht mehr verstehen.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE:
Das kann passieren.)

Sie können sich auch gleich zu Wort melden.

Vielleicht ist es besser, wenn Sie nicht den Börsenkursen vertrauen bei der Lageeinschätzung, sondern vielleicht mal hier vor Ort bei der IHK nachfra-

gen. Ich war vor einigen Tagen bei der IHK in Südthüringen und habe mir dort die Lage der Industrie angeschaut. Die IHK hat dazu auch eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Dunkle Wolken, (ein) wenig Licht“ herausgegeben. Dann heißt es, dass insbesondere Industrie stark betroffen ist von der Krise. 51,8 Prozent der Unternehmen bezeichnen derzeit die Lage als schlecht. Der IHK-Chef kommentiert das folgendermaßen, ich zitiere: „In dieser Branche entsteht schließlich die gesamte Wertschöpfung. Unsere Zeitreihen zeigen, dass bislang in keiner Umfrage der IHK Südthüringen so pessimistisch geurteilt wurde“, erläutert Pieterwas den Ernst der Lage.“ Denen, die sich damit beschäftigen, ist also der Ernst der Lage wirklich bewusst. Das sind nicht die einzigen Zahlen. Aus dieser Umfrage geht auch hervor, dass nur noch ein Viertel der Unternehmen in der Industrie in Südthüringen mit Gewinn arbeitet, das 32 Prozent der Unternehmen Verluste machen, dass 40 Prozent der Unternehmen Beschäftigte abbauen wollen. Und Sie stellen sich hierhin für diese Regierung und sagen, ja, wir sehen Licht am Horizont, weil die Börsenkurse sich gerade mal wieder ein bisschen nach oben bewegen. Frau Ministerin, Herr Ministerpräsident, ein bisschen mehr Realismus und ein bisschen mehr Vertrauen in die, die hier vor Ort etwas von Wirtschaft verstehen, wünsche ich mir an dieser Stelle schon.

(Beifall SPD)

Wir sehen, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise eben keinen Bogen um Thüringen macht, dass es auch keine leichte Delle ist, wie der Wirtschaftsminister noch Anfang des Jahres behauptet hat, sondern dass wir mit dem schwersten Einschnitt konfrontiert sind, den es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher gab. Und in dieser Situation braucht es natürlich einen Staat, der neue Regeln setzt, für klare Verhältnisse an den Finanzmärkten sorgt, damit diese Finanzmärkte nicht wieder außer Kontrolle geraten. Dazu ist einiges vonseiten der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Wir brauchen aber auch eine aktive Industriepolitik und hier sind natürlich auch Landesregierungen gefragt in dieser Situation. Da kann man nicht nur auf das setzen, was der Bund in Bewegung gebracht hat. Deshalb sage ich ganz deutlich, wir müssen auch hier mit Thüringer Möglichkeiten in dieser Wirtschaftskrise dafür sorgen, dass das Wirtschaftssystem als Ganzes stabilisiert wird, dass Arbeitsplätze gesichert werden. Das kostet auch zusätzliches Geld - keine Frage -, das geht nicht anders. Aber ich sage auch, angesichts der öffentlichen Debatte, die wir haben, wird hier zu viel Steuergeld leichtfertig eingesetzt. Die Debatte ist ja im Zusammenhang mit Opel geführt worden. Ich sage, Nein. Ich sage, das Geld ist richtig eingesetzt. Wir müssen bei jedem einzelnen Fall natürlich hinschauen, ob es gerechtfertigt

ist, Steuergelder einzusetzen. Denn es ist nicht unser Geld, was wir hier zur Verfügung stellen müssen, sondern das Geld, was andere hart erarbeitet haben. Dessen müssen wir uns immer bewusst sein. Aber wir müssen auch die Alternative mit diskutieren. Und die Alternative beim Zusammenbruch großer Unternehmen, die Alternative, wenn ganze Landstriche deindustrialisiert werden, sind eben auch hohe Kosten für die Steuerzahler, für die Beitragszahler, für die Allgemeinheit, die aufgebracht werden müssen, um dann Arbeitslosigkeit zu bezahlen, um dann neue Wirtschaftsförderprogramme zu bezahlen, um mühsam dort wieder wirtschaftliche Belebung hineinzubringen, wo sie weggebrochen ist. Deshalb sage ich, es ist allemal besser - und das sage ich auch in Richtung des Bundeswirtschaftsministers, der ja von der Union kommt -, in Arbeitsplätze zu investieren als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall SPD)

Wenn wir sagen, wir müssen verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, dann gehört für mich auch dazu Transparenz und Kontrolle. Für diese Transparenz und Kontrolle sind die Parlamente zuständig. Deshalb erwarte ich nach wie vor, dass diese Landesregierung hier einen Nachtragshaushalt vorlegt. Die Bundesregierung hat gehandelt, Ende Mai hat das Kabinett den zweiten Nachtragshaushalt beschlossen, Anfang Juli entscheidet der Bundestag darüber, andere Länder haben auch gehandelt. Was erleben wir hier in Thüringen? - statt Klarheit statistische Hütchenspielertricks.

Frau Finanzministerin, um ganz offen zu sein, bei Ihrer Rede gerade am Ende hatte ich manchmal den Eindruck, Sie können den Zahlenspielereien, die Ihre Beamten da aufgeschrieben haben, selbst nicht mehr folgen, denn es hilft doch nichts, hier Zahlen hin- und herzuschieben. Es ist doch jetzt schon nicht zu übersehen, dass bald Geld in der Kasse fehlt, und das muss doch nicht gesundgebetet werden, sondern wir müssen versuchen, mit einer solchen Situation offen und seriös umzugehen.

Jetzt nehme ich noch einmal Ihre Zahlen. Steuermindereinnahmen nach der Mai-Steuerschätzung von 450 Mio. €, Kofinanzierung für Konjunkturpaket 33 Mio. €, 60 Mio. € für Pflichtverbeamtungen, die jetzt zusätzlich aufgebracht werden mussten, das macht zusammen etwa 550 Mio. €. Wenn ich die Rücklage von 320 Mio. € dagegensetze und die EU-Zuschüsse oder -Vorschüsse, die ja dann in den nächsten Jahren nicht mehr bzw. weniger zur Verfügung stehen, komme ich auf 420 Mio. €. Dann klafft immer noch eine Lücke von weit über 100 Mio. €. Herr Althaus, einem Mathe- und Physiklehrer müsste eigentlich auffallen, dass die Zahlen da nicht zueinander passen.

Ihnen fällt manchmal nicht mehr auf, wenn Sie sich selbst widersprechen. Wir haben seit Wochen einen Nachtragshaushalt gefordert, Sie, Herr Althaus, haben einen solchen Nachtragshaushalt seit Wochen abgelehnt. Jetzt liegt plötzlich ein Gesetz vor, mit dem Sie versuchen, den Haushalt nachträglich zu ändern. Das verstehe jetzt, wer will. Sie sind gegen einen Nachtragshaushalt, aber jetzt sind Sie unbedingt dafür, den Haushalt nachträglich zu ändern. Wie wollen Sie das eigentlich noch irgendjemandem erklären? Haben Sie den Eindruck, dass auf diese Art und Weise Glaubwürdigkeit entstehen kann, mal abgesehen von den verfassungsrechtlichen Fragen, die Uwe Höhn hier schon angeschnitten hat, ob man einfach neben das Haushaltsgesetz ein weiteres Ausgabengesetz stellen kann oder ob das dann nicht innerhalb des Haushaltsgesetzes mit einem Nachtragshaushalt geklärt werden muss. Aber völlig unverständlich ist es, wenn Sie ein solches Gesetz schon erstellt und versucht haben, es vorab an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen, damit es möglichst schnell, nämlich in der nächsten Woche, verabschiedet werden kann, und wenn die SPD-Fraktion Ihnen zu Hilfe kommt und sagt, dann lassen Sie uns das Gesetz doch heute in erster Lesung beraten, dann haben wir eine Woche Zeit bis nächste Woche, können uns mit den Zahlen auseinandersetzen und in der nächsten Woche dieses Gesetz verabschieden, dann sagen Sie plötzlich: Nein, wir wollen das Gesetz gar nicht auf die Tagesordnung bringen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Das ist doch gar nicht wahr.)

Herr Althaus, können Sie mal versuchen, mir zu erläutern, wie das ganze Ding noch irgendeinen Sinn ergeben soll?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wie alt ist denn diese Rede? Die ist doch Wochen alt. Lassen Sie sich doch mal eine ordentliche Rede aufschreiben.)

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Herr Mohring, war das jetzt das Angebot, dass Sie mir die nächste Rede aufschreiben? Ich fürchte, die wird sehr viel schlechter werden als die, die ich gerade halte.

(Beifall SPD)

Nein, das passt wirklich nicht zusammen, einen Nachtragshaushalt abzulehnen und gleichzeitig ein Gesetz vorzulegen, was den Haushalt nachträglich ändern soll.

Ich frage mich immer wieder: Warum drücken Sie sich eigentlich davor, hier vor dem Parlament Rede und Antwort zu stehen über die Situation im Land, über das, was Sie noch bis zur Landtagswahl vorhaben? Sie sind Ministerpräsident dieses Landes und Sie haben eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber diesem Landtag, Rechenschaft über Ihre Politik vor dem Landtag abzulegen, so steht es in der Verfassung. Aber Sie drücken sich davor, Sie reisen durch das Land, Sie schneiden Bändchen durch - das reicht nicht. Dafür braucht man in Thüringen keinen Ministerpräsidenten, das geht auch ohne Sie.

Es ist jetzt ziemlich genau sechs Jahre her, Herr Althaus, dass Sie das Amt des Thüringer Regierungschefs übernommen haben. Mit den Worten „Ich gehe jetzt, weil ich der Überzeugung bin, jetzt können meine Freunde es selbst“ reichte Ihr Vorgänger Bernhard Vogel den Staffelnstab an Sie weiter. Ich glaube, Herr Vogel hat sich in Ihnen getäuscht.

(Beifall SPD)

Heute, nach sechs Jahren, spricht die Praxis eine andere Sprache. Vielleicht haben Sie auch deswegen Ihr Amtsjubiläum vergangene Woche stillschweigend übergangen, weil es kein Ruhmesblatt ist. Bernhard Vogel, das sage ich auch als jemand, der einer anderen Partei angehört, hatte einen Kompass und hatte eine Vorstellung davon, in welche Richtung dieses Land gehen soll,

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

und in der Zeit der Großen Koalition haben wir damals gemeinsam Thüringen auch ein gutes Stück vorangebracht.

(Beifall SPD)

Ich sage das in aller Anerkennung für die Arbeit eines Ministerpräsidenten, der aus einer anderen Partei kommt. Sie dagegen, Herr Althaus, stolpern ohne Plan und ohne Kompass durch das Gelände. Wenn man sich Ihre Bilanz ansieht, dann kann man nur zu einem Schluss kommen: Sie haben das Erbe von Bernhard Vogel verspielt.

(Beifall SPD)

Sie haben eine gute Entwicklung Thüringens in einen Rückstand umgewandelt. Ich nehme mal die Untersuchung der „Wirtschaftswoche“ und der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ - beides keine sozialdemokratischen Organe -, die die Wirtschaftsdynamik der letzten Jahre untersucht haben und Thüringen bei der Wirtschaftsdynamik auf dem letzten Platz der neuen Länder sehen. Das war das Bundesländerranking des letzten Jahres. Einen Vorsprung in einen Rückstand umwandeln, das ist in der Politik viel Schlimmeres als auf dem Fußballfeld. Beim Fußball ist nach dem Spiel immer vor dem Spiel, auch wenn man einmal verloren hat, aber wenn es um die Zukunft eines ganzen Landes geht, sind vergebene Chancen eben nicht so einfach wieder aufzuholen. Dafür bedarf es auch einer Politik, die nicht so kraft- und saftlos ist wie die Ihrige im Moment.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Also, Sie sind unverschämt.)

Möglichkeiten verpasst, Chancen vergeigt, Zeit vergeudet, das ist es, was sich durch die Regierungspolitik der vergangenen sechs Jahre zieht wie ein roter Faden. Wenn man noch einmal zurückschaut auf Ihre erste Regierungserklärung - vielleicht erinnern Sie sich an den 3. Juli 2003, Herr Althaus -, damals haben Sie als zentrale Leitlinie Ihrer Politik das Motto formuliert: „Sparen und gestalten“. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen wollten Sie den Sanierer und Reformier geben, das war der Plan. Fragen wir doch einmal, was daraus geworden ist. Die bittere Wahrheit ist, Sie haben noch mehr Schulden aufgehäuft statt zu sparen. Die bittere Wahrheit ist, Sie haben Geld verschleudert und machen munter weiter damit. Die bittere Wahrheit ist, Sie haben wichtige Zukunftsfelder brach liegenlassen. Die bittere Wahrheit ist, Sie sind ständig mit Gesetzesvorhaben und Entscheidungen vor die Wand gelaufen, keine andere Regierung vorher hat sich so viel Pleiten, Pech und Pannen erlaubt wie Sie. Ihre Bilanz ist ein politisches Trauerspiel, Herr Althaus, verpasst, vergeigt, vergeudet. Die Fakten sprechen für sich.

Sie haben versprochen zu sparen. Das Ergebnis: In den letzten fünf Jahren ist die Verschuldung um weitere 1,6 Mrd. € angewachsen. Aber nicht nur das, Sie sind auch, wenn man die Entwicklung anschaut, der Schuldenkönig in Ostdeutschland, denn keine andere Landesregierung hat zwischen 2003 und heute unter dem Strich mehr neue Schulden aufgenommen als die Regierung Althaus. Mittlerweile haben wir die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Das ist das Resultat Ihres Mottos „Sparen und gestalten“; 1,6 Mrd. € neue Schulden, Platz 2 bei der Pro-Kopf-Verschuldung, was die Höhe angeht - Rekordverschuldung.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das sagt jetzt der Richtige, das ist ja der Hohn.)

Jetzt die Frage: Wie kam es dann zur Wende, zu einem ausgeglichenen Haushalt in den letzten Jahren, den Sie ja durchaus hatten?

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Sie wollten die Rücklagen wieder verschulden, Sie wollten sie wieder ausgeben.)

Warum sind Sie denn so aufgeregt, wenn ich über den ausgeglichenen Haushalt rede? Sie wissen selbst, dass es nicht Ihr Verdienst war, deshalb wahrscheinlich.

(Beifall SPD)

Dieser ausgeglichene Haushalt ist deshalb zustande gekommen, weil die Steuereinnahmen kräftig gestiegen sind und damit die Haushalte gedeckt werden konnten und auch noch ein Einnahmenüberschuss entstanden ist. Dass das kein Ergebnis eigener erledigter Hausaufgaben im Haushalt war, das zeigt sich auch daran, dass andere Landesregierungen deutlich schneller waren als Sie. Als Thüringen noch über 600 Mio. € neue Schulden aufnehmen musste, hat Mecklenburg z.B. - auch ein Land mit erheblichen Strukturproblemen - schon die Nettoneuverschuldung Null geschafft. Das ist die ganze Wahrheit Ihrer Haushaltspolitik; sparen und gestalten, das ist wirklich gescheitert.

(Beifall SPD)

Aber es wurde auch immer wieder Geld sinnlos verschleudert. Über den Daumen gepeilt wurden mit der Behördenreform mindestens 5 Mio. € in den Sand gesetzt, weil die Neuordnung in vielen Bereichen teurer geworden ist als das Modell, was wir vorher hatten. Mindestens 1 Mio. € sind im Casino verzockt worden, darauf hat Kollege Hausold auch schon hingewiesen. Sie haben Geld sinnlos in eine Stiftung FamilienSinn gesteckt, bei dem selbst die von Ihnen befragten Experten sagen, die Stiftung dürfte nicht „FamilienSinn“ heißen, weil sie eigentlich sinnlos ist. Das sind Aufgaben, die aus dem Haushalt finanziert werden müssten. Sie haben Geld für sinnlose Werbekampagnen übrig, die an den gängigen Regeln und Gesetzen vorbei zum Teil auf den Weg gebracht worden sind, und bei Ihnen fließt Geld sogar in Himbeergeistpartys - auch daran darf man vielleicht gelegentlich noch mal erinnern.

(Beifall SPD)

Herr Althaus, wenn eine Regierung schon so viele neue Schulden macht - 1,6 Mrd. € - in der Zeit, in der Sie die Verantwortung tragen, muss man fragen: Hat die Landesregierung dann vielleicht stärker in die Zukunft investiert, hat sie für sozialen Ausgleich gesorgt? Aber auch hier Fehlanzeige. Überall in Deutschland redet man über mehr Investitionen für die frühkindliche Bildung, mehr Engagement für die Kindergärten. Dieter Althaus hat dafür gesorgt, dass die Landeszuweisungen an die Kindergärten massiv gekürzt worden sind. Also statt in Zukunft zu investieren, wurde genau dort, wo mehr Geld notwendig gewesen wäre, gespart. So sieht Ihre Politik aus.

(Beifall SPD)

Sie haben völlig planlos bei Theatern und Orchestern versucht zu kürzen, haben damit einen Aufruhr in der Kulturlandschaft verursacht, ohne am Ende wirklich Effekte zu erzielen, mit dem einzigen Resultat, am Ende dem Ruf des Kulturlandes Thüringen nachhaltig zu schaden. Sie haben beispielsweise, während andere darüber diskutieren, wie man für gesundes Essen bei Kindern sorgen kann, dafür gesorgt, dass die Essengeldzuschüsse gestrichen werden und damit ist die Aufgabe, bei Kindern für gesunde Ernährung zu sorgen und Kinderarmut auch entgegenzusteuern, noch schwerer geworden. Sie haben die Verbraucherzentralen an den Rand des Ruins getrieben; nur in letzter Minute durch heftigen öffentlichen Widerstand und auch durch unser Engagement ist es gelungen, das wieder abzuwenden. Sie haben das Blindengeld zusammengestrichen. Am liebsten hätten Sie es ganz abgeschafft, mussten dann aber eine Kehrtwende vollziehen, weil der öffentliche Druck zu hoch geworden ist. Das heißt, wenn man auch diesen Bereich anschaut: Hat diese Regierung eigentlich in die Zukunft investiert, hat sie für sozialen Ausgleich gesorgt? - Fehlanzeige!

Wenn man sich anschaut, was ist eigentlich handwerklich hier passiert, bin ich immer wieder versucht, die ehemalige stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende zu zitieren, denn besser kann man es eigentlich gar nicht sagen - Frau Zitzmann hat Ihnen grotenschlechtes Handwerk attestiert. Wenn man sich anschaut, welche Gesetzesvorhaben alle gegen die Wand gelaufen sind, dann kann man auch zu keinem anderen Ergebnis kommen.

Sie haben - auch daran will ich an dieser Stelle noch einmal erinnern - 2004 kurz vor der Wahl den Menschen ein Beitragsversprechen gegeben, weil die Wogen hochschlugen im Bereich Wasser und Abwasser. Im Abwasserbereich sollten die Extrembelastungen wegfallen. Das war ein Ziel, was alle geteilt haben, aber es gab schon damals vor fünf Jahren mahnende Stimmen, dass das auf die Art und Weise, wie Sie das durchsetzen wollten, nicht geht.

Sie haben damals alle guten Ratschläge beiseite geschoben. Sie haben einzig und allein in dieser Situation auf Wählerstimmen geschielt. Ob das Ganze am Ende funktioniert, war Ihnen egal. Jetzt ist klar, dass das Ganze nicht funktionieren konnte. Das Verfassungsgericht hat Ihre Abwasserregelung gekippt und es hat diese Regelung sogar mit der schärfsten Sanktion belegt, es hat sie sofort für nichtig erklärt. Seitdem wissen Tausende von Hausbesitzern nicht, wie es weitergeht; sie haben keine Rechtssicherheit mehr. Deshalb sage ich Ihnen: Spielen Sie nicht weiter mit dem Thema, legen Sie endlich einen verlässlichen Vorschlag auf den Tisch dieses Hauses, legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der klarmacht, wie Sie das Problem lösen wollen, wie das Ganze finanziert werden soll. Noch vor der Sommerpause muss ein solches Gesetz verabschiedet werden. Wir sind bereit, auch dafür auf eine Sommerpause zu verzichten. Wir sind bereit, dafür Sondersitzungen auch einzulegen, aber wir wollen dafür sorgen, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht noch einmal an der Nase herumführen mit Versprechen, die hinterher von den Gerichten gekippt werden.

(Beifall SPD)

Klären Sie also Ihr Beitragsversprechen, sorgen Sie für Rechtssicherheit. An dieser Frage hängt für mich Ihre politische Glaubwürdigkeit. Möglichkeiten verpasst, Chancen vergeigt, Zeit vergeudet - das ist die Bilanz auch im Umgang mit den Kommunen im Land. Ich will gar nicht erinnern an all die Auseinandersetzungen, die es um den Finanzausgleich und um andere Themen gegeben hat. Sie haben aber auch an anderen Stellen die Zeit, die Sie als Regierungschef hatten, vergeudet, Stichwort Polizeireform. 85.000 Stunden hat die Projektgruppe OPTOPOL insgesamt in dieses Projekt gesteckt. Was ist dabei rausgekommen aus der Arbeit so vieler Menschen? Nichts. Sie haben nichts als Chaos am Ende erzeugt, Chaos bei der Polizei, Chaos im Kabinett, weil der Innenminister die Schnauze voll hatte und Ihnen die Brocken hingeworfen hat.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nachtragshaushaltsdebatte, Herr Matschie.)

Dann gab es die Kabinettsreform. Zuerst mussten Sie einen peinlichen Kandidaten wieder zurückziehen. Dann haben Sie uns als Lückenfüller einen Kultusminister präsentiert, den ich heute frage: Herr Müller, was haben Sie eigentlich in einem Jahr vorangebracht bei Bildung, Wissenschaft und Kultur? Mir fällt dazu nichts ein, Herr Müller.

(Zwischenruf Müller, Kultusminister: Schauen Sie mal nach Jena.)

Vielleicht können Sie das ja hier erklären. Ihre neue Justizministerin, Sie ist jetzt gerade nicht da, fällt in Erfurt mit einer Aktion auf, die es endgültig zur Gewissheit werden lässt, hier sitzt die falsche Frau auf dem falschen Stuhl.

(Beifall SPD)

Frau Walsmann ist als Ministerin Dienstaufsichtsbehörde für eine Staatsanwaltschaft, die gegen die beiden Chefs der Erfurter Stadtwerke ermittelt.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordnete Matschie, kommen Sie zum Thema.

(Beifall CDU)

Abgeordneter Matschie, SPD:

Das tue ich, Frau Präsidentin, denn bei all diesen Fragen geht es um das Verhalten dieser Landesregierung mitten in einer Krise, um die Antworten, die diese Regierung gibt. Dazu gehört auch, ob Kabinettsmitglieder ihrer Verantwortung gerecht werden oder eben nicht. Deshalb noch mal zu Frau Walsmann, die als Dienstaufsichtsbehörde für eine Staatsanwaltschaft, die ermittelt gegen die beiden Chefs der Stadtwerke, auf der anderen Seite sich als CDU-Kreisvorsitzende politisch in die Frage hineinhängt, ob den Geschäftsführern gekündigt werden soll oder nicht, wie vom Erfurter Oberbürgermeister vorgeschlagen. Die CDU hat diese Kündigung verhindert und die Quittung bei der Kommunalwahl dafür bekommen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Matschie, Sie wollten zum Nachtragshaushalt sprechen.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Walsmann muss sich dem Verdacht stellen - das tue ich - staatsanwaltschaftliche Ermittlungen unter Umständen

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Wollen Sie nächste Woche zum Nachtragshaushalt reden?)

politisch instrumentalisiert und damit ihr Amt missbraucht zu haben. Dazu muss Frau Walsmann Stellung nehmen.

(Beifall SPD)

Ich komme zurück zu der Frage: Was tut diese Landesregierung in der Krise, wie versucht sie gegenzusteuern? Ich erlebe einen Ministerpräsidenten, der nicht in der Lage ist, bei wichtigen Terminen anwesend zu sein, siehe Opel. Ich erlebe einen Ministerpräsidenten, der sich weigert,

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Popanz.)

hier vor dem Parlament Rede und Antwort über seine Politik zu stehen. Ich erlebe einen Ministerpräsidenten, der hier keine Antworten auf die Krisensituation gibt. Immer mehr Menschen verlassen dieses Land, weil Thüringen die niedrigsten Stundenlöhne im bundesdeutschen Vergleich hat. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie so weiterwursteln wie im Moment, dann werden noch mehr Menschen dieses Land verlassen, weil sie in Thüringen ihren Arbeitsplatz verlieren. Deshalb noch einmal meine Aufforderung: Kommen Sie endlich hier an dieses Pult, erklären Sie dem Landtag, was Sie bis zur Wahl am 30. August noch tun wollen mit Ihrer Landesregierung, um diese Krise einzudämmen, um Arbeitsplätze zu sichern. Wer Regierungschef sein will, der darf sich in der Krise nicht verstecken.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, das war er also, der große Aufschlag unserer Opposition im Thüringer Landtag. Mein Gott, wenn das alles gewesen ist, dann gute Nacht und der Wähler möge uns vor einer solchen Opposition bewahren.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Doht, Abg. Taubert, SPD: Ja, genau!)

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn Sie natürlich - das war mir ja klar. Ich meine, da muss man erst einmal darauf kommen, dass Sie denken, nur weil Sie Opposition nicht können, können Sie dann besser Regierung. Sie können nicht einmal Opposition, deswegen müssen Sie diese Aufgabe auch weitermachen. Deshalb braucht es noch viel länger Schule, als Sie es sich vorstellen. Deshalb will ich Ihnen eines sagen, lieber Herr Matschie, lieber Herr Hausold, Ihre beiden Reden, die wir ge-

rade gehört haben, das war quasi Dieter Hasenfuß und Christoph Hasenfuß. Wer mit so viel Angst durch dieses Land geht,

(Heiterkeit DIE LINKE)

wer mit so viel altem Aufguss durch das Land geht, wer mit so vielen alten und falschen Rezepten durch das Land geht,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wie alt ist Ihre Rede?)

wer mit so vielen Vorschlägen durch das Land geht, die er schon fünfmal hier vorn vorgetragen hat und wir das hören mussten, wer denkt, dass damit die Krise dieses Landes zu bewältigen ist, der täuscht sich, der kann es nicht. Sie können weder Opposition, Sie werden auch nie Regierung können, deshalb müssen Sie noch viel länger weiter üben. Ihre Rezepte taugen nicht für eine gute Zukunft dieses Freistaats Thüringen.

(Beifall CDU)

Da frage ich mich doch, Herr Matschie, wie laufen Sie eigentlich durch dieses Land? Am Anfang der Rede habe ich gedacht, okay, er hat Scheuklappen auf. Er schaut immer nur geradeaus und kann nicht alles sehen. Aber am Ende der Rede ist mir aufgefallen, Sie haben nicht nur die Scheuklappen so auf, Sie haben sie auch noch zugeklappt. Sie laufen wie blind durch dieses Land. Sie sehen nicht, was diesem Land passiert ist. Sie sehen nicht, welche Antworten wir für dieses Land brauchen und Sie sehen nicht, wie diese Regierung für dieses Land arbeitet. Eines steht fest: Wenn man einen guten Tee dreimal aufgießt, dann schmeckt er nicht mehr; so ist es auch bei Ihren Reden. Die waren einmal gut, aber beim vierten Mal Hören hier in diesem Thüringer Landtag, ist es einfach nur noch elendig und schlecht, und Ihre Rede war heute wirklich, Herr Matschie, schlecht für diese schwierige Situation in diesem Land.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie haben Ihre ja noch nicht beendet.)

Da stellen Sie sich hierhin und sagen, weil der MP sein sechsjähriges Amtsjubiläum nicht gefeiert hat, sei er kein guter MP. Also erst einmal frage ich mich, wo sind sechs Jahre ein Moment des Feierns? Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen in der SPD-Fraktion ist, Sie freuen sich über jedes Jahr, das Sie als Fraktionsvorsitzender überleben und als Landesvorsitzender. Da muss man auch jedes Jahr feiern. Da feiert man auch den dritten Geburtstag und den vierten

Geburtstag. Wir wollen, dass Dieter Althaus noch sein 10- und 15-jähriges Amtsjubiläum hier in Thüringen macht und dann feiern wir gemeinsam. Da laden wir Sie auch ein zu diesem großen Fest, weil wir dann stolz sind auf seine lange Amtszeit.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:
Träumen Sie weiter.)

Ihre Rede hat aber auch eines deutlich gezeigt, sie ist wirklich alter Aufguss. Sie haben es ja nicht einmal fertiggebracht, diese Rede zu erneuern, nachdem der Ältestenrat heute getagt hat und nachdem wir eine Menge Ankündigungen gemacht haben, was wir jetzt in den nächsten Wochen, aber auch weit darüber hinaus vorhaben. Das Erste, was ich Ihnen sagen will, ist noch einmal, vielleicht hat es Ihnen Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer noch nicht gesagt, die Fraktion ist ja auch so groß, dass man nicht alle gleich immer erreichen kann, deswegen will ich Ihnen da gern helfen. Wir haben vorhin im Ältestenrat auf Antrag der Regierung beschlossen, dass der Ministerpräsident in der nächsten Woche im Landtag hier eine Regierungserklärung hält. Aber es gibt einen großen Unterschied. Sie wollen eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er sagen soll, was er bis zum 30. August noch macht. Wir wollen eine Regierungserklärung hören, in der der Ministerpräsident sagt, wie stellt er sich die nächsten fünf Jahre dieses Freistaats Thüringen vor. Wir wollen nicht nur bis zum 30. August arbeiten und dann Urlaub machen, sondern wir wollen bis 2014 arbeiten, dieses Land gut voranbringen. Machen Sie lieber Urlaub und keine Urlaubssperre und wir haben weiter Verantwortung für dieses Land. Das hören wir nächste Woche im Plenum und das ist der bessere Weg.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:
Das entscheiden die Wähler.)

Dann haben Sie als zweiten Punkt genannt, als Antwort auf Ihren Antrag heute zur Nachtragshaushaltsfrage auf diese Krise, Sie wollen keinen Urlaub machen. Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, es haben genügend Thüringer gehört, was das für ein wirklich peinlicher Aufschlag ist. Lieber Herr Matschie, wenn Ihre Antwort einer Oppositionsfraktion hier im Thüringer Landtag die ist, wir verzichten auf unseren Urlaub und wir reden ein bisschen in diesem Land und dann wird alles gut, dann kommen wir gut durch die Krise.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Dem sind Sie doch gefolgt.)

Wir brauchen keine Parlamentsdebatten, die die Krise beseitigen, sondern wir brauchen eine kraftvolle Regierung, die getragen wird von einer saustarken Fraktion, die dafür sorgt, dass dieses Land gut vorankommt und wichtige Beschlüsse gefasst werden.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die CDU
braucht vielleicht kein Parlament.)

Und deswegen will ich Ihnen schon eine erste Antwort darauf geben, was wir vorhaben.

(Unruhe SPD)

Deshalb haben wir im Ältestenrat vorhin beschlossen und haben es auf den Weg gebracht,

(Glocke der Präsidentin)

dass wir mit einem Unternehmensfördergesetz jetzt den Unternehmen helfen wollen in Thüringen, die Bürgschaften brauchen, die Liquiditätsunterstützung brauchen, die Darlehensunterstützung brauchen und die Betriebsmittelunterstützung brauchen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was
ist denn das für ein Demokratieverständnis?)

Deswegen haben wir das in den Landtag gebracht, weil wir dann eine ordentliche Parlamentsdebatte durchführen wollen, weil wir die Ausschüsse in Ruhe einbeziehen wollen, weil wir Anhörungen machen wollen, weil wir die Betroffenen fragen wollen, ob dieses Gesetz hilfreich ist. Dann haben wir für den August ein Sonderplenium beantragt, eine weitere Parlamentssitzung, wo wir in einer zweiten Lesung dann dieses Gesetz auf den Weg bringen wollen.

Wenn die Opposition - und das ist der dritte Punkt - meint, sie muss mit Tagesordnungsanträgen, Regierungsvorlagen auf die Tagesordnung heben, um quasi ihre eigene Inhaltsleere ersetzen zu können, dann beschreibt das schon ganz schön Ihr Armutszeugnis.

(Beifall CDU)

Aber wo soll es auch herkommen? Ich will es noch mal sagen, das vierte oder fünfte Mal dieselbe Rede. Sie machen einen Antrag zur Wirtschaftssituation, Sie machen einen Antrag zur Steuerschätzung, Sie machen einen Antrag zum Nachtragshaushalt, Sie machen einen Antrag zum schönen oder schlechten Wetter - und garantiert sprechen Sie immer dieselbe Rede mit denselben Vorschlägen, die wir wirklich schon nicht mehr hier in diesem Hause hören können, weil sie nicht mehr neu sind. Sie haben wieder eins vergessen, ich muss Sie wieder daran er-

innern, weil es immer wieder untergeht, Sie haben heute Ihren Textbaustein Gebietsreform vergessen, wahrscheinlich waren Sie so aufgereggt und haben die letzten Zettel nicht vorgelesen.

(Beifall CDU)

Deswegen will ich es gern noch mit erwähnen. Deswegen war die Rede etwas unvollständig heute, Herr Matschie, sie war schlecht und unvollständig. Ich hoffe, wenn wir Sie noch einmal hören dürfen als Fraktionsvorsitzenden hier im Sonderplenum am 7. August, dann ist das noch einmal vollständig, bevor wir dann neue Reden hören von neuen Vorsitzenden.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Da muss es doch etwas besonderes ...)

Aber bis dahin will ich gerne noch einmal darauf eingehen.

Dann ihr vierter Vorschlag, dann meinen Sie, Sie müssen davon partizipieren, weil der Oberbürgermeister in Erfurt ja ein Stück am Wochenende damit populistisch aufgeschlagen ist und auch ein paar Stimmen zusätzlich gezogen hat für die SPD. Jetzt meinen Sie, Sie müssen das Stadtwerke-Thema von Erfurt auch hier in den Landtag bringen. Dieser Versuch ist wirklich untauglich und daraus Regierungshandeln zu verknüpfen ist nun wirklich völlig absonderlich, weil auch für die Landtagsabgeordnete Marion Walsmann eins gilt, sie ist in ihren Bürgergrundrechten frei und sie kann als Erfurter Bürgerin, sie kann als Erfurter Ratsmitglied sehr wohl ihre eigene Meinung haben zum Handeln des Oberbürgermeisters der Stadt Erfurt.

(Glocke der Präsidentin)

Und das ist völlig unabhängig und frei davon,

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Mohring, auch Sie sprechen bitte zur Sache.

(Heiterkeit SPD)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Die Weisheit des Präsidiums ist unbegrenzt, deswegen ist das richtig. Also, dann will ich gar nicht weiter auf diese Dinge eingehen, aber sie sollen zeigen, das waren die fünf Punkte als Antwort der SPD-Fraktion auf diesen Antrag, der heute vorliegt. Wir sind der Finanzministerin dankbar, dass sie ihren Bericht gegeben hat zur aktuellen Einschätzung aus der Mai-Steuerschätzung und zur aktuellen Haus-

haltungssituation. Ich will auch noch einmal deutlich sagen für all die, die das nicht nachvollziehen können: All das, was wir an Ausgangslage kennen, wissen wir aus unserem beschlossenen Haushalt und wissen wir aus den Beratungen im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss. Die Ausgangslage ist uns bekannt und es bedarf dazu keiner erweiterten Nachtragshaushaltsdebatte, um zu wissen, welche Einnahmen uns bevorstehen und welche Ausgaben wir tätigen müssen, aber entscheidend ist, dass man ein Programm und einen Weg hat, auf dem man langgehen will. Deshalb will ich noch mal einen Punkt ansprechen, über den wir im Juni auch noch mal ausführlich reden werden, das ist die Frage der Schuldenbremse hier in unserer eigenen Thüringer Verfassung. Da sagen Sie, Herr Matschie, in Ihrer Rede, Sie werfen der Regierung vor, jede Menge neue Schulden gemacht zu haben auf der einen Seite und sagen auf der anderen Seite, nicht heute, aber wir werden es ja im Juni-Plenum hören, Sie sind gegen eine Schuldenbremse und werfen aber drittens hier in Ihrer Rede vor, die Dinge, die die Regierung auf den Weg gebracht hat, um den Haushalt für die Zukunft zu konsolidieren, die kritisieren Sie auf der einen Seite Minderausgaben, die wir machen wollen und wollen gleichzeitig kritisieren, dass Schulden gemacht wurden, damit diese Mehrausgaben bezahlt werden können. Diese Logik passt nicht zusammen und zeigt auch Ihr fehlendes Verständnis von Haushaltspolitik, und zwar in einem ganz entscheidenden Punkt.

Wir haben ja gelesen, Sie wollen nicht Finanzminister werden, sondern wollen etwas anderes werden, ich hoffe Sie werden weder das Eine noch das Andere. Aber ich will auch sagen, warum das nicht gut wäre, dass Sie die Verantwortung hätten: Sie sagen, Sie wollen keine Schuldenbremse in diesem Freistaat. Wir sagen, wir wollen mit der Regierungsvorlage - wir haben dies im Haushaltsausschuss beschlossen - ab dem Jahr 2011 keine Schulden mehr machen.

Sie sagen, wir wollen das erst im Jahr 2020 tun. Jetzt frage ich mich, was heißt das, wenn man dem Matschie-Vorschlag folgen würde, erst im Jahr 2020 keine Schulden mehr hier in Thüringen zu machen? Dann ist doch die umgekehrte Logik zunächst ...

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das haben Sie abgesegnet mit der Föderalismusreform. Das können Sie nicht wissen.)

Jetzt erkläre ich Ihnen erst mal, Herr Matschie, was Ihre eigenen Worte bedeuten: Sie sagen, Sie wollen kein Neuverschuldungsverbot ab dem Jahr 2011, Sie wollen das erst ab dem Jahr 2020. Dies ist in mehreren Wortprotokollen hier nachzulesen. Wenn

das richtig wäre, was Sie sagen, dann muss man auch die Haushaltssituation so annehmen, dass sie bis zum Jahr 2020 so in ähnlichen Analogien weiterläuft in den nächsten zehn Jahren, wie wir das aus den letzten zehn Jahren kennen.

Jetzt haben wir in Thüringen 15,7 Mrd. € Schulden. Wir haben darüber oft gesprochen. Ich habe auch die Meinung unserer Fraktion dazu gesagt. Die Ministerin hat dazu gesprochen und auch der Regierungschef. All diese Debatten will ich jetzt nicht wiederholen, aber ich will sagen, was es für die Zukunft dieses Freistaats bedeutet, wenn man dem Vorschlag von Herrn Matschie folgen würde, erst im Jahr 2020 keine Schulden mehr zu machen. Dann heißt das bei einer ähnlichen Analogie der Haushaltslage der letzten zehn Jahre auf die nächsten zehn Jahre hochprojiziert, dann haben wir nicht mehr 15,7 Mrd. € Schulden, sondern ca. 21 Mrd. € Schulden.

Wenn man Ihrem Vorschlag folgt, Herr Matschie,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wenn man so weitermachen würde ...)

dann heißt das, nicht mehr 700 Mio. € Zinsen jedes Jahr auf die alten Schulden, sondern es heißt im Jahr 2020 über 1 Mrd. € Schulden jedes Jahr.

Jetzt erklären Sie mir doch einmal, Herr Matschie, bei zurückgehendem Solidarpakt, bei zurückgehender EU-Förderung und bei gleichzeitiger fast Verdopplung der Zinslast per anno, wie Sie noch ordentliche Haushaltspolitik in der Zukunft gestalten können? Wir wissen, dass dieser Weg nicht erfolgreich sein kann. Deshalb haben wir vorgeschlagen, ab dem Jahr 2011 keine Schulden mehr zu machen. Das ist der einzig richtige gangbare Weg. Ihr Weg der Verschuldung, den Sie vorschlagen, bis zum Jahr 2020 daran nicht zu rütteln, ist der falsche Weg; der würde nicht in eine gute Zukunft führen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD)

Da können Sie jedes Wort von mir in diesem Plenum nachlesen, dass ich das gemacht habe.

Aber entscheidend ist Folgendes - das ist das, was ich vorhin mit Christoph oder Dieter Hasenfuß gemeint habe: Wenn Politik eine Aufgabe hat in dieser schwierigen Zeit, dann ist es zuallererst Zuversicht auszustrahlen, den Menschen auch noch Hoffnung zu zeigen, den Menschen auch zu zeigen, wo kann eine Zukunft gestaltet werden und welchen Handlungsrahmen muss die Politik setzen, damit das auf diesen guten Weg kommt. Deswegen ge-

hört zum einen dazu das Unternehmensfördergesetz, deswegen gehört die Schuldenbremse dazu und deswegen gehört auch dazu, der fehlenden Einnahmeentwicklung aus dem Solidarpakt guten Schritte zu begegnen.

Weil Sie so eine kleine Bilanz gezogen haben, will ich es auch noch einmal tun und will sagen, was wir in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben. Wir haben eine Behördenstrukturreform auf den Weg gebracht, wo wir viel Ärger bekommen haben - auch von Ihnen -, wo wir die Proteste ertragen mussten, weil vor Ort Behörden geschlossen wurden, weil Personal abgebaut wurde; aber wir werden diese Früchte dieser Konsequenz in dieser Verantwortung auch selber ernten. Weil, wenn die Behördenstrukturreform umgesetzt ist, wir eine jährliche Einsparung von 324 Mio. € zu verzeichnen haben. Das ist ein wichtiger Punkt, um der fehlenden Einnahmeentwicklung zu begegnen.

Wir haben einen zweiten Schritt gemacht, wir haben uns vorgenommen, an dem Personalabbaupfad auch in der Zukunft festzuhalten. Wir haben seit 1990 - seitdem die CDU in diesem Freistaat Thüringen Verantwortung übernommen hat - von ursprünglich über 80.000 Landesbediensteten zum Ende dieser Wahlperiode auf 48.000 Stellen kw-vermerkt das Landespersonal reduziert.

(Unruhe SPD)

Das hat uns Einsparungen in der Größenordnung gebracht, dass es uns gelungen ist, trotz Ost-West-Angleichung in den letzten Jahren, trotz Tarifsteigerungen in den letzten 19 Jahren, die Personalkostenquote seit 1995 in diesem Haushalt konstant zu halten bei rund 25 Prozent. Schaut doch einmal jeder, der das kritisiert, in andere Landeshaushalte hinein und schauen sich dort an, wie hoch die Personalkostenquote dort ist. Das war ein Riesenmarathon, ein Riesenschritt, ein Rieseneingriff in persönliche Biografien der Landesbediensteten, für die wir dankbar sein müssen, dass sie diesen Weg mitgegangen sind. Wir wissen, dass wir an diesem Weg noch nicht zu Ende sind. Das sind die Aufgaben, denen sich die Politik stellen muss und nicht Urlaubssperre und nicht Populismus und nicht hier große Reden halten, wir brauchen eine Regierungserklärung. Das ist nicht die Antwort.

(Beifall CDU)

Wir haben einen vierten Punkt auf den Weg gebracht. Wir haben uns vorgenommen, dass wir mit unseren Ausgaben in den nächsten Jahren den alten Bundesländern vergleichbar sind, zum Beispiel wie Rheinland-Pfalz. Wir sind durch die teilungsbedingten Lasten, durch die teilungsbedingten Mehraus-

gaben, die wir aus dem Solidarpakt haben, jetzt in der Lage, ca. 120 Prozent der Ausgaben zu leisten wie ein vergleichbares Bundesland. Wir haben Rheinland-Pfalz als Vergleich genommen, weil es in den Strukturdaten ähnlich ist und weil wir wissen, dass wir irgendwann bei einem Prozess ankommen, wo wir ohne fremde Hilfe auskommen müssen. Auf diesen Weg müssen wir uns vorbereiten. Wenn ich Ihre Vorschläge nehme, Herr Matschie, aus dieser Wahlperiode zusammengefasst, ich will das Thema noch mal aufgreifen, dann reduzieren sich all Ihre Vorschläge in den letzten fünf Jahren auf das Thema Gebietsreform. Sie ziehen ein Gutachten eines Professors zu Hilfe, Gott hab ihn selig, der festgestellt hat, wenn Ihr Vorschlag stimmen würde, man mache eine Gebietsreform und komme zu Einsparungen, dann hat selbst Professor Seitz in der Prognose festgestellt, wenn überhaupt kommt es in der Spitze zu Einsparungen von maximal 200 Mio. €, dann aber nicht im Landeshaushalt, sondern im kommunalen Haushalt. Jetzt frage ich mich, ist das Ihre Antwort nach fünf Jahren Oppositionstätigkeit in diesem Hause, dass die SPD vorschlägt, um 2 Mrd. € Einnahmeausfälle im Jahr 2009/2010 zu kompensieren, eine Gebietsreform zu machen und lassen bei den Kommunen 200 Mio. € einsparen und scheren uns nicht darum zu schauen, wie wir auf Landesseite die Ausgaben so gestalten können, dass wir mit 2 Mrd. € weniger Einnahmen in der Zukunft zurechtkommen. Sie haben diese Antwort in fünf Jahren vermissen lassen. In jeder Rede, die Sie gehalten haben, haben Sie darauf keine Antwort gegeben. Sie laufen mit Scheuklappen durch dieses Land. Sie sehen nicht, was notwendig ist für dieses Land. Sie beackern jedes Feld in Ihren Reden, ohne konkrete Antworten zu geben. Vielleicht hilft tatsächlich Urlaub, damit Sie sich erholen und konzentrieren können. Ihre Reden geben keine Antworten auf die wichtigen Fragen.

(Beifall CDU)

Ich will ein Wort zu den LINKEN sagen, weil auch Herr Hausold in seiner Rede wichtige Antworten vermissen lassen hat. Ich will einen Vorschlag herausgreifen, den wir von Bodo Ramelow in den letzten Wochen als Antwort auf die Krise gehört haben. Der Ramelow-Vorschlag lautet: 80 Prozent Steuern auf alle, die mehr als 600.000 € verdienen. Ich will mal sagen, dass es nicht viele Thüringer gibt, die davon betroffen wären. Aber wenn eine 80-prozentige Besteuerung für Vermögende vorzunehmen alles ist, was die linke Opposition vorzuschlagen hat, das erinnert mich sehr stark an die alte DDR-Steuerpolitik. Auch dort hatten wir schon die Grenzbesteuerung von 97 Prozent. Ihr seid nicht mehr weit entfernt, ihr wart auch noch nie weit von der DDR entfernt, ihr wart nie weit von Stasi entfernt, ihr wart nie weit von SED entfernt, ihr seid auf derselben wirtschaftspolitischen Ebene, wie ihr 1989 schon aus den

Rathäusern und den Räten der Kreise vertrieben worden seid.

(Beifall CDU)

Wir wollen keine Republik der Neidgenossen, wir wollen keine Republik mit 80 Prozent Versteuerung. Ich will Ihnen auch sagen, selbst wenn man so einen Vorschlag nur einen Moment mal nachvollziehen würde, was Sie mit dem Geld machen wollen. Nach dem Vorschlag Ihres Spitzenkandidaten, 80 Prozent Besteuerung vorzunehmen, hat er auch schon vorgeschlagen, wie er das Geld ausgeben will, nämlich wie folgt: Eine Million neue Beamtenstellen und eine halbe Million geförderter Stellen zusätzlich. Jetzt frage ich mich, ist das Ihre Antwort auf die Krise, ist das Ihre Antwort auf die Zukunft, eine Million neue Beamtenstellen mit 80 Prozent Besteuerung zu fassen? Mein Gott, hoffentlich kommen Sie nie wieder in die Verantwortung, dass solche Vorschläge auch nur die Blüte von Realität tragen lassen kann.

(Beifall CDU)

Der Steuerzahler sagt danke für solche Vorschläge und ich hoffe, er wird es Ihnen auch quittieren. Wir wollen deshalb vor allen Dingen schauen, was wir selber beitragen können. Deswegen will ich noch einmal weitere Vorschläge nennen, die notwendig sind, damit man auf gute Haushaltsdaten in der Zukunft schauen kann. Wir haben jetzt eine Steuerdeckungsquote von 53 Prozent im Landeshaushalt. Wir hatten zu Beginn dieser Wahlperiode eine Steuerdeckungsquote von knapp 47 Prozent. Wir sind also einen guten Weg vorangekommen. Genau auf diesem Weg müssen wir weitergehen, weil natürlich wichtig ist, wenn wir ausgabenseitig Betrachtungen haben und wissen, es geht zurück, dann brauchen wir auch Betrachtungen auf der Einnahmenseite. Wir wissen, dass ein Zuwachs der eigenen Steuerdeckungsquote ein wichtiges Instrument ist, das uns hilft, unsere eigenen Ausgaben auch in der Zukunft bestreiten zu können, die politisch notwendig sind. Deswegen haben wir als Ziel vor Augen, dass wir diesen Weg fortsetzen müssen, weil wir aus vergleichbaren Bundesländern wissen, die mit Steuerdeckungsquoten von 75 Prozent ihren eigenen Landeshaushalt bestreiten können.

Wir müssen zum Zweiten schauen, dass wir mit guter Zuversicht auch schauen auf die nächste EU-Förderperiode nach dem Jahr 2013. Wir wissen, dass die Ziel-1-Förderung ausläuft. Wir wissen aber auch, und das tut unsere Landesregierung, dass wir jetzt schon in Brüssel vorstellig sein müssen, jetzt schon in Brüssel dafür werben müssen, dass es eine geschickte Anschlussfinanzierung nach dem Auslaufen der jetzigen EU-Förderperiode geben muss. Wir brauchen diese Anschlussfinanzierung, weil wir im-

mer noch benachteiligte Regionen in Thüringen haben, die noch Förderungen bedürfen. Wir wissen aus anderen europäischen Ländern, wie z.B. aus Spanien, die es geschafft haben, fast 30 Jahre die Nachfolgefinanzierung aus Ziel 1 zu bekommen und damit fast dieselbe Geldmenge aus EU-Kassen generiert haben in anderen Programmen, aber auch notwendigerweise Regionalentwicklung nach wie vor betreiben können.

Darauf kommt es an, dafür braucht es eine starke Stimme auch in Brüssel. Wir haben jetzt Europawahlen gehabt. Deswegen ist es manchmal auch ganz wichtig, wenn die Leute nicht mit aller Ernsthaftigkeit vielleicht sehen, wie notwendig Europa ist. An so einer Stellschraube kann man das sehen, weil das jetzige Europäische Parlament, was am Sonntag erst gewählt wurde, genau jetzt diese Aufgabe hat, diese Weichenstellung für die nächsten Förderperioden vorzubereiten. Da ist es ganz wichtig, dass wir gemeinsam gut vertreten sind, dass unsere Regierung auch für diese Anschlussregelung der Ziel-1-Gebiete jetzt beherzt die Aufgaben in Brüssel wahrnimmt.

Natürlich bleibt auch zu fragen: Was können wir selber tun, wir als Bundesland, aber auch mithilfe des Bundes? Deshalb - das will ich noch mal sagen - ist es auch ganz wichtig, dass wir uns noch mal der Frage einer Steuerreform widmen müssen. Deswegen hat der Ministerpräsident recht - Sie haben es in Ihrer Begründung des Antrags noch mal hinterfragt. Zu Recht sagt der Ministerpräsident: Keine kurzfristigen Steuersenkungen jetzt, aber eine umfassende Steuerreform, die zunächst im ersten Schritt einfaches und transparentes Steuerrecht mit sich bringt und einen zweiten Schritt natürlich nicht ausschließt, dass die Steuersätze auch so vereinfacht und damit auch gesenkt werden können, dass damit auch neue Freiheitsspielräume entstehen und damit neue Einnahmen auch beim Staat generiert werden können, auf denen sich aufbauen lässt. Aber so ist die Schrittfolge und so ist die Reihenfolge. Deswegen keine Kurzfristigkeit, aber im Blick haben, dass wir langfristig uns der Frage der Steuerreform widmen müssen, wenn wir selbst eigene Zuwächse in der Steuerkraft haben wollen.

Wenn das so ist, gehört natürlich an dieser Stelle ein wichtiger Vorschlag dazu, nämlich der Frage sich zu widmen in einer neuen föderalen Runde: Was kann man tun, damit wir von eigenen Steuerzuwächsen auch eigene Selbstbehalte haben?

Im jetzigen Länderfinanzausgleichssystem ist es so, dass die jungen Bundesländer, aber auch die reichen bzw. starken Länder, von denen wir Geld bekommen, für jeden Euro, den sie Zuwächse haben - vor allen Dingen bei den Nehmerländern ist das so -

97 Prozent der Mehreinnahmen nivelliert werden und im Länderfinanzausgleich neu aufgeteilt werden. Das heißt, dass so ein junges Bundesland wie Thüringen gar keine eigene Chance hat, seine Steuerdeckungsquote von 53 auf 75 anzuheben im jetzigen Länderfinanzausgleich, weil die Zuwächse zu 97 Prozent nivelliert werden. Deshalb müssen wir um unserer selbst Willen, damit wir auch nach 2019 auf eigenen Beinen stehen können, mit den eigenen Einnahmen auch die eigenen Ausgaben bestreiten können; dafür kämpfen wir in Berlin, dass man sich dieser Frage im Länderfinanzausgleich noch einmal stellt. Natürlich haben wir hier einen strategischen Vorteil, weil die Geberländer, die uns jetzt im Länderfinanzausgleich in besonderer Weise unterstützen, auch ein Eigeninteresse haben, mit höheren Selbstbehaltquoten eigenes Wirtschaftswachstum zu generieren. Wenn wir die Schere zwischen Ost und West schließen wollen - wir wollen sie schließen, weil wir diesen Freistaat auf sicheren Beinen stehen haben wollen -, dann brauchen wir eine Neuordnung im Länderfinanzausgleich in dieser Frage.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Mohring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Huster?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Am Ende bitte.

Natürlich gehört dazu, und das ist ganz wichtig, dass wir uns neben dieser Frage auch noch mal einer Frage des Landessteuerrechts in besonderer Weise widmen. Es macht Sinn, darüber nachzudenken, dass die Länder auch eigene Steuergestaltungsspielräume bekommen, nicht sofort in erster Linie, dass sie in den Steuerwettbewerb treten, aber wichtig ist, dass für die Steuern, die den Ländern selbst zufließen, zu 100 Prozent die Länder auch eigene Gesetzgebungskompetenz erhalten und für die Zukunft auch eigene Gestaltungsmöglichkeiten daraus schöpfen können. Es ist ein Unding, dass wir bestimmte Steuerarten zu verzeichnen haben, die unserer Landeskasse zufließen, aber ein anderer Gesetzgeber, nämlich der Bundestag, darüber entscheidet, wie diese Steuern im Erhebungsrecht ausgestaltet werden. Es ist auch ein Zeichen im Rahmen der föderalen Debatte, den Länderparlamenten mehr Rechte zuzugestehen und damit das eigene Budgetrecht in besonderer Weise auch zu untermauern. Aber für den Augenblick gelten folgende Vorschläge neben der Schuldenbremse, neben dem Unternehmensfördergesetz, die Dinge, die wir auf den Weg bringen wollen: Wir haben zwei Konjunkturpakete mithilfe des Bundes jetzt im Land vor uns liegen - 700 Mio. €, die dieses Jahr und nächstes Jahr in die kommunalen Haushalte fließen. Es ist an der Zeit, wir ha-

ben das ja oft gesagt, dass das Geld jetzt endlich bei den Unternehmern ankommt und lokal die Dinge auf den Weg gebracht werden, damit die Projekte losgehen. Wir haben jetzt Juni, ein halbes Jahr ist herum, und wenn es Impulse geben soll, dann wird es Zeit, dass die Impulse jetzt ausgestreut werden. Die Rahmenbedingungen sind gesetzt von Landesseite. Aber es ist wichtig, dass lokal und kommunal sich über die Dinge so geeinigt wird, dass das Geld ausgezahlt wird und damit die wichtigen Impulse für die Wirtschaft, für den Mittelstand und für das Handwerk und die Sicherung unserer Arbeitsplätze gesetzt werden.

Ein weiterer Punkt: Diese Regierung unter Dieter Althaus hat ein 100-Mio.-Euro-Liquiditätshilfeprogramm auf den Weg gebracht. Es wird so ausgestaltet sein, dass wir tatsächlich die ganze Bandbreite an Hilfestellung geben können, Betriebsmittelunterstützung, Darlehensunterstützung, Bürgschaftsunterstützung. Die ganze Facette, die die heimische Wirtschaft braucht, das ist die Antwort, die wir geben müssen, damit wir beste Rahmenbedingungen setzen, und deshalb begrüßen wir noch einmal sehr, dass das 100-Mio.-Euro-Liquiditätshilfeprogramm auf den Weg gekommen ist. Aber ich will auch sagen, wichtig ist jetzt eins, wir dürfen die Lage nicht dramatisieren. Noch einmal gilt: Zuversicht braucht dieses Land. Deswegen will ich noch mal einen letzten Absatz dazu verwenden, um zu sagen, dass uns nicht bange sein darf vor den Steuerschätzungen, die uns Jahr für Jahr im Mai, aber auch im November, aber besonders die im Mai, ereilen. Jeder weiß, unser eigener Landeshaushalt ist aufgestellt auf den Steuerzahlen von 2007. Die Steuerschätzer, wenn die sich im Mai zusammenfinden, darüber streiten und ihre Aussagefähigkeit darauf begrenzen, zu sagen, wie ist der Abstand zu den geplanten fiktiven Mindereinnahmen, holen sie die Prognosen aus der aktuellen Situation heraus. Wenn wir also von den Mai-Steuerschätzungen dann in den Zeitungen lesen in diesem Zeitraum und wir hören dann, es gibt ein fiktives Loch an Steuermindereinnahmen von 300 Mrd. €, die Zahl ist vollkommen gegriffen, dann ist das am Ende die neue Prognosezahl aus der Steuerschätzung des letzten Jahres und der aktuellen Schätzung des laufenden Jahres, vereinfacht gesagt. Aus diesen zwei Schätzungszahlen kann man natürlich eine neue Zahl definieren und daraus politisches Handeln definieren. Aber Fakt bleibt eine Feststellung: Die Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr 2009 sind mindestens so hoch auch in Thüringen wie im Haushaltsjahr 2006. Wenn ich mich recht erinnere, war das Haushaltsjahr 2006 mitten in unserer Wahlperiode. Wenn wir uns das ehrlich miteinander anschauen und in das Jahr 2006 zurückschauen, dann wissen wir, auch das Jahr 2006 war ein gutes Haushaltsjahr. Auch das Jahr 2006 war ein

gutes Jahr für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb muss uns nicht bange sein und wir dürfen auch nicht immer erwarten, dass wir in jedem Haushaltsjahr neue Zuwächse an Steuereinnahmen zu verzeichnen haben. Ich glaube, wenn wir uns in unserem eigenen Ausgabemaß manchmal als Politiker auch ein Stück zurücknehmen und uns beschränken auf das Jahr 2006, dann können wir auch mit den Einnahmen aus dem Jahr 2009 sehr gute Haushaltspolitik in diesem Jahr gestalten und das ist wichtig. Deshalb braucht es keinen Nachtragshaushalt, so wie Sie es vorschlagen. Wir hätten einen Nachtragshaushalt an einem Punkt gebraucht, Herr Matschie, und das will ich Ihnen noch einmal vorhalten, wenn wir der Forderung gefolgt wären, unsere Überschüsse, die wir im letzten Jahr erzielt haben, 100 Mio. € jedes Jahr in diesen Fünferschritten, die Sie vorgeschlagen haben, auszugeben. Dann hätten wir tatsächlich einen Nachtragshaushalt gebraucht, weil wir das Konjunkturpaket nicht hätten gegenfinanzieren können, weil wir Bürgschaftsprogramme nicht hätten auf den Weg bringen können, weil wir Liquiditätshilfeprogramme nicht hätten auf den Weg bringen können und weil wir die laufenden Mindereinnahmen nicht hätten auf den Weg bringen können. Es war klug und weise, dass die Mehrheit dieses Landtags Ihren populistischen Vorschlägen nicht gefolgt ist. Machen Sie Urlaub, wir machen gute Politik für Thüringen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Die Nachfrage des Abgeordneten Huster bitte.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Mohring, sind Sie mit mir der Meinung, dass insbesondere Ihre Vorschläge zur Steuersenkung, insbesondere an Besserverdienende, in den letzten Jahren eher nicht dazu geführt haben, die Steueraufkommen in Bund und Ländern zur Handlungsfähigkeit zu stabilisieren, und schließen Sie aus, dass Sie nicht vielmehr meinen jenseits Ihrer jetzigen Debatte um Steuersenkungen, nach den Wahlen über allgemeine Steuererhöhungen, Mehrwertsteuererhöhung, letztlich wieder nur Kaufkraft abzuschöpfen und damit weiteren Vorschub zu leisten, dass Einkommen weiterhin extrem ungleich in diesem Land verteilt werden? Beantworten Sie mir mal bitte diese Frage und diese Widersprüchlichkeit in Ihren steuerpolitischen Forderungen.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ich bin in Steuerrechtsfragen grundsätzlich nicht Ihrer Meinung.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die CDU in Thüringen täuscht die Öffentlichkeit, um über die Wahl hinwegzukommen.

(Beifall SPD)

1. Beispiel - die Zahlen, die Frau Diezel vorgelegt hat zur Steuerschätzung 2009: Wenn man Einnahmen und Ausgaben einmal aufaddiert und die Rücklage dazunimmt, dann existiert ein Loch in dreistelliger Millionenhöhe, und Sie sagen, Sie brauchen keinen Nachtragshaushalt. Dann müssen doch Fragen gestattet sein.

2. Beispiel - der Bürgschaftsrahmen soll jetzt erweitert werden: Im Haushaltsgesetz stehen 200 Mio. €, Sie wollen noch mal 200 Mio. € zusätzlich. Der SPD-Vorschlag, aber neben dem Haushalt, also einen Schattenbürgschaftsrahmen schaffen. Und dann reden Sie hier von Schuldenverbot, das ist doch reine Fassade. Wir wollen ein ordentliches Schuldenverbot, aber nicht, dass die Schulden in Schattenhaushalten stecken.

(Beifall SPD)

Schauen Sie doch einmal an, was Sie an Leasingverpflichtungen in Schattenhaushalten haben, was Sie an alternativen Finanzierungen für Baumaßnahmen in Schattenhaushalten haben, schauen Sie sich die Sondervermögen an, die alle ein negatives Zeichen haben, schauen Sie sich die PPP-Projekte an, die Sie veranlasst haben und schauen Sie auf die fehlende Vorsorge für die Pensionslasten - alles Schattenhaushalte.

(Beifall SPD)

3. Beispiel - die Regierung legt die Eckdaten für 2010 vor: Da ist ein Loch von 400 bis 500 Mio. € über den Daumen gepeilt und die Finanzministerin sagt, da brauche sie 330 Mio. € Kreditaufnahme. Da sage ich, oh, das geht aber schön. Dann sagen Sie, das Budget der Haushalte wird in der gleichen Höhe bleiben. Alle wissen, dass die Personalausgaben um 300 Mio. € steigen werden. Das heißt, der Rotstift wird angesetzt, sonst können Sie es ja gar nicht hinbekommen.

(Beifall SPD)

Dann haben Sie gesagt, der Kommunale Finanzausgleich wird unter 2,5 Mrd. € liegen. Heute sagen Sie 2,8 Mrd. € - das sind 300 Mio. €, die müssen Sie ja vielleicht in Ihrer Tasche haben.

(Beifall SPD)

Dann kommt dazu, dass Sie 100 Mio. € Vorschuss von der EU jetzt bekommen, die fehlen ja zusätzlich, entweder 2010 oder in den nächsten Jahren, also täuschen Sie die Öffentlichkeit.

Und dann hören Sie auf mit dem Märchen, die Landesregierung hat die Haushalte saniert. Wenn man die Steuereinnahmen einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen nimmt: 2004 - 6,4 Mrd. €; 2007 - 7,5 Mrd. €; 1,1 Mrd. € Mehreinnahmen im Jahr 2007 gegenüber 2004; und dann sagen Sie, Sie haben ausgeglichene Haushalte hinbekommen. Das hätte jedes Kind gekonnt.

(Beifall SPD)

Es ist schlimm, dass Sie nichts in die Tilgung gesteckt haben, Sie haben das Geld verfrühstückt. Wie viele Male haben wir über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt bekommen und Sie haben keine Deckung mehr vorgelegt, weil Sie so viel Geld hatten. Da wurde nicht mehr gespart, sondern da ging es munter zur Sache.

Und das zweite Märchen: Die Behördenstrukturreform führt zu enormen Einsparungen, das ist doch ein Witz. Schauen Sie es sich doch an, was Sie geschaffen haben

(Beifall SPD)

mit der Auflösung der Umweltämter, mit der Kommunalisierung der Versorgungsämter. Heute Vormittag war ich in einem Betrieb, der Abfallentsorgung betreibt. Dort schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen, die Wirtschaftskrise, 15 Prozent Rückgang beim Umsatz, ist für die gar nicht das Problem. Das Problem ist, dass sie in jedem Landratsamt einen anderen Ansprechpartner haben - einen Haufen Bürokratie, einen Haufen Mehrkosten.

(Beifall SPD)

Das ist Ihre Wirtschaftsförderung für unsere Thüringer Unternehmen, die in den anderen Bundesländern haben die Vorteile davon, so sieht es aus.

Jetzt lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal ein Zitat aus einem Plenarprotokoll vortragen: „Noch kurz vor der Landtagswahl gaukelte der Ministerpräsident den Menschen in diesem Land vor, wie gut

doch Thüringen dasteht. Kein Wort war da von riesigen Haushaltsdefiziten, kein Wort von einer nochmaligen zusätzlichen Schuldenaufnahme von fast 300 Mio. €, einer Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs, kein Wort vom Kahlschlag bei den Investitionen.“ So steht es geschrieben im Plenarprotokoll zum Zweiten Nachtragshaushalt 2004, genauer gesagt, Anfang Oktober 2004 kurz nach der Wahl, und das bekommen wir dieses Jahr wieder. Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor - doch. Bitte, Frau Ministerin Diezel.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich habe ja bei Herrn Matschie Verständnis, dass er es mit den Zahlen nicht so hat und dass er meinen Zahlen ein bisschen schwer folgen kann. Aber, Herr Dr. Pidde, bei Ihnen habe ich kein Verständnis mehr. Ich erwarte eigentlich von einem Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses, dass er vor allen Dingen die Vorlagen „Vorläufiger Jahresabschluss“ oder „Jahressteuerschätzung“ schon intensiver liest, aber das tun Sie anscheinend nicht. Deswegen deklinieren wir es doch noch einmal durch. Ich weiß nicht, sind Sie Mathelehrer? Aber wir können es ja noch einmal probieren.

Das Jahr 2008 hat mit einem Überschuss abgeschlossen in der Vorsorge, wir haben 84,6 Mio. € aufgrund des Haushaltsgesetzes in den Pensionsfonds gegeben, eine Vorsorge, die kein anderes Land in dieser Größenordnung im vergangenen Jahr gemacht hat. Deswegen gaukeln Sie hier nicht vor,

(Beifall CDU)

dass wir die Pensionslasten nicht vorsorgen - kein anderes Land. 84,6 Mio. €, 25 Prozent des Überschusses sind in den Pensionsfonds gegangen. Wir haben für die Rücklage 253 Mio. € aus dem vergangenen Haushalt vorgenommen, 253,9 Mio. € Rücklage aus dem Haushalt 2008, Herr Dr. Pidde, § 3 Abs. 1 des Thüringer Haushaltsgesetzes, wie es vorgenommen werden sollte. Aus dem Vorjahr, aus der Rücklage, die verbleibende Rücklage aus dem Jahr 2007, wo wir nämlich auch schon eine Rücklage hatten, so die schlechte Haushaltspolitik, die Herr Matschie hier geißelt; er wollte alle diese Rücklagen verbrauchen, verpulvern, wir hätten sie jetzt nicht. Jetzt, Herr Hausold, haben wir Prävention, wir haben Prävention geleistet, indem wir Rücklagen antizyk-

lisch gebildet haben. Genau das unterscheidet uns von vielen anderen Ländern. Jetzt haben wir die Möglichkeit, Konjunkturpakete, Steuerausfälle kofinanzieren durch diese Rücklage.

(Beifall CDU)

Gehen wir weiter im Zahlenwerk. Das sind 319,8 Mio. € Risikovorsorge aus diesen Rücklagen und die Pensionsfonds - schwierig. Und dann haben wir im vergangenen Jahr zum ersten Mal einen Überschuss nach Haushaltsgesetz § 25 Landeshaushaltsordnung. 122,1 Mio. €, die wir in das Jahr 2010 vortragen - in das Jahr 2010.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wir haben 16 Mrd. € Schulden, wenn Sie von Überschuss reden.)

Dann, Herr Dr. Pidde, würde ich auch einmal bitten, dass Sie sich den vorläufigen Jahresabschluss anschauen in den Einzelpositionen und die Sollansätze des Jahres 2009.

Ja, Herr Hausold, in den Einzelheiten wird es immer schwer. Man kann hier große Seifenblasen darstellen, aber wenn man konkret wird, dann können Sie nicht mehr folgen oder wollen Sie nicht mehr folgen.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Einzelheiten, Seifenblasen.)

Da sage ich, schauen Sie sich das genau an. Herr Matschie hat aufgerechnet, wir könnten die finanziellen Auswirkungen auch von Tarifierhöhungen nicht kompensieren. Ich möchte nur einen Blick auf die Personalausgaben werfen. Ganz einfach, die Personalausgaben im Soll 2008 - 2,177 Mrd. €, im Ist - 2,131 Mrd. € und der Haushaltsansatz sind 2,204 Mrd. €. Das heißt, wir haben im vergangenen Jahr Personalkosten gespart durch die Behördenstrukturreform, gegen die Sie gewettert haben und gegen Stellenabbau, durch die Behördenstrukturreform und durch die Altersteilzeit, damit können wir Tariflöhne kompensieren und wir werden dieses Stellenabbaukonzept so, wie wir es vorgeschlagen haben, weiterführen. Wir haben über 3.000 Stellen schon zum Wegfall gebracht und die anderen Stellen sind mit kw-Vermerken versehen. Das sind die Wirkungen, die wir haben wollen, nicht Ihre 200 Mio. € irgendwann mal, das sind die Wirkungen, die Folge zeigen und deswegen haben wir einen Überschuss von 122 Mio. €, den wir in das übernächste Jahr übertragen können. Herr Pidde, also schauen Sie sich die Unterlagen an und reden Sie sich nicht so die Zahlen zurecht, wie Sie es sich immer zurechtreden wollen.

Dann möchte ich noch etwas zum Investitionsförderungsgesetz, den zusätzlichen Bürgschaften sagen: Keine Zahl im Zahlenwerk des Haushalts wird dadurch verändert. In den Ausgaben wird keine Zahl erhöht, auch nicht in den Einnahmen. Auch die 200 Mio. bleiben weiter als Bürgschaft im Haushaltsgesetz, sondern wir wollen Vorsorge treffen, wenn wir zusätzliche Bürgschaften aufgrund der Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, aber auch aufgrund der Situation -

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Aber das gehört doch in das Haushaltsgesetz, das kann doch nicht wahr sein.)

(Beifall SPD)

genau dazu werden wir im August beraten. Nicht eine Ausgabe wird erhöht und nicht eine Einnahme wird erhöht. So viel dazu.

Herr Dr. Pidde, ich kann Ihnen also nur raten, lesen Sie die Zahlen genauer, ansonsten ist das sehr blamabel, was Sie hier darbieten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe im Moment keine weiteren Bedürfnisse mehr, das Wort zu ergreifen. Damit kann ich die Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer 2 des Antrags der SPD und zum Entschließungsantrag schließen. Ich frage zunächst: Gibt es Widerspruch dagegen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Nummer 2 aus dem Antrag der Fraktion der SPD. Hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Doch, Herr Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, keine Ausschussüberweisung, sondern ein Antrag auf namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Da können wir jetzt gleich einmal proben, was wir vorhin im Ältestenrat vereinbart haben. Wir haben im Ältestenrat Folgendes vereinbart: Wir wollen eine Verbesserung des Verfahrens bei der namentlichen Abstimmung erreichen. Dieses gilt ab sofort und erfordert übrigens auch keine Änderung der Geschäftsordnung. Das verbesserte Verfahren macht transparent, dass nur Abgeordnete an der Abstimmung teilnehmen, die zum Zeitpunkt der Abstimmung im Plenarsaal persönlich anwesend sind. Die Schrift-

führer kommen also mit den Urnen nicht mehr wie bisher zu Ihnen an Ihren Platz, sondern Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, gehen jetzt zu den Schriftführerinnen und Schriftführern, die sich vor dem Platz der amtierenden Präsidentin aufstellen und dort die Stimmkarten in den Urnen einsammeln. Ich bitte Sie darum, dass Sie den Schriftführern unaufgefordert oder jetzt von mir freundlich aufgefordert Ihre Stimmkarte mit der Namensseite nach vorn zeigen, ehe Sie sie in die Urne einwerfen. So können die Schriftführer kontrollieren, dass Sie auch Ihre eigenen Karten in diese Urnen einwerfen. In diesem Sinne haben wir jetzt die erste Durchführung dieser im Ältestenrat heute vereinbarten Verbesserung der namentlichen Abstimmung und in diesem Sinne bitte ich die Schriftführerinnen - es sind beides Frauen - hier vorn Aufstellung zu nehmen und die Karten einzusammeln. Ich bitte hierzubleiben, die Abgeordneten kommen zu Ihnen.

Soll ich es noch einmal wiederholen?

(Heiterkeit im Hause)

Nein?

(Heiterkeit im Hause)

Das ist ja mal ein schönes Bild hier.

Ich gehe jetzt davon aus, alle konnten Ihre Stimmkarten abgeben. Ich schließe jetzt das namentliche Abstimmungsverfahren und bitte darum, dass die Stimmkarten ausgezählt werden.

Mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache 4/5216 vor. Es wurden 80 Stimmen abgegeben, mit Ja haben 36 gestimmt, mit Nein 44. Damit ist die Nummer 2 abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage).

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Herr Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, zu dem Entschließungsantrag der Linkspartei beantrage ich, die Punkte 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es da die Zustimmung der Fraktion, die diesen Antrag eingereicht hat?

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Nein, die Zustimmung meiner Fraktion gibt es nicht; Gesamtabstimmung bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann stimmen wir insgesamt zu diesem Antrag ab. Wer diesem Entschließungsantrag folgt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Stimmenthaltungen gibt es nicht. Dieser Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich schließe damit die heutige Plenarsitzung. Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstage finden am 18. und 19. Juni statt. Sie werden über die Entscheidungen des Ältestenrats zu den zeitlichen Abläufen dazu noch informiert.

Ende der Sitzung: 17.11 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 108. Sitzung
am 09.06.2009 zu dem Tagesordnungspunkt****Auswirkung drohender Steuerausfälle auf Thüringen: Aktueller Bericht zur Mai-Steuerschätzung und Vorlage eines Nachtragshaushaltes**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/5216 -

hier: Nummer 2

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	47. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
2. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	48. Krauß, Horst (CDU)	nein
3. Baumann, Rolf (SPD)	ja	49. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein
4. Bechmann, Barbara (CDU)	nein	50. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
5. Becker, Dagmar (SPD)	ja	51. Künast, Dagmar (SPD)	ja
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	52. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
7. Berninger, Sabine (DIE LINKE)		53. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
8. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	54. Lehmann, Annette (CDU)	nein
9. Bornkessel, Ralf (CDU)	nein	55. Lemke, Benno (DIE LINKE)	
10. Buse, Werner (DIE LINKE)	ja	56. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
11. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
12. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Matschie, Christoph (SPD)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	ja	59. Meißner, Beate (CDU)	nein
14. Döllstedt, Monika (DIE LINKE)	ja	60. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	61. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	62. Panse, Michael (CDU)	nein
17. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)		63. Pelke, Birgit (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	64. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
19. Enders, Petra (DIE LINKE)	ja	65. Pilger, Walter (SPD)	
20. Fiedler, Wolfgang (CDU)		66. Primas, Egon (CDU)	nein
21. Fuchs, Dr. Ruth (DIE LINKE)	ja	67. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	68. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	
23. Gerstenberger, Michael (DIE LINKE)	ja	69. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
24. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	70. Schröter, Fritz (CDU)	nein
25. Grob, Manfred (CDU)	nein	71. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
26. Groß, Evelin (CDU)	nein	72. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
27. Grüner, Günter (CDU)	nein	73. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
28. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	74. Seela, Reyk (CDU)	nein
29. Günther, Gerhard (CDU)	nein	75. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
30. Hahnemann, Dr. Roland (DIE LINKE)	ja	76. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
31. Hauboldt, Ralf (DIE LINKE)	ja	77. Sojka, Michaele (DIE LINKE)	ja
32. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	78. Stauche, Carola (CDU)	nein
33. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	79. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Heym, Michael (CDU)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	ja
35. Höhn, Uwe (SPD)	ja	81. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
38. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	84. Weißbrodt, Gabriela (CDU)	nein
39. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	85. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	86. Wolf, Katja (DIE LINKE)	ja
41. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
42. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	88. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja		
44. Köckert, Christian (CDU)	nein		
45. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein		
46. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein		